

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Landtagswahlen in Sachsen

Ergebnisse, Analysen, Reaktionen. Die Antwort der PDS auf den Einzug der Neonazis ins sächsische Parlament. **Seiten 3, 6, 14**

■ Leipzig rechnet mit 40 Mill. minus

Für den Stadthaushalt 2005 drohen wegen der ausbleibenden Konjunktur erneut beträchtliche Mindereinnahmen, damit Einschnitte beim Personal und bei Investitionen sowie geringere kommunale Leistungen. **Seite 4**

■ Reichsgerichts-Jubiläum

Vor 125 Jahren wurde das höchste Gericht des Deutschen Reiches mit Sitz in Leipzig gegründet. Sein Geist in einigen Schlaglichtern. **Seite 7**

20
2004

12. Jahrgang

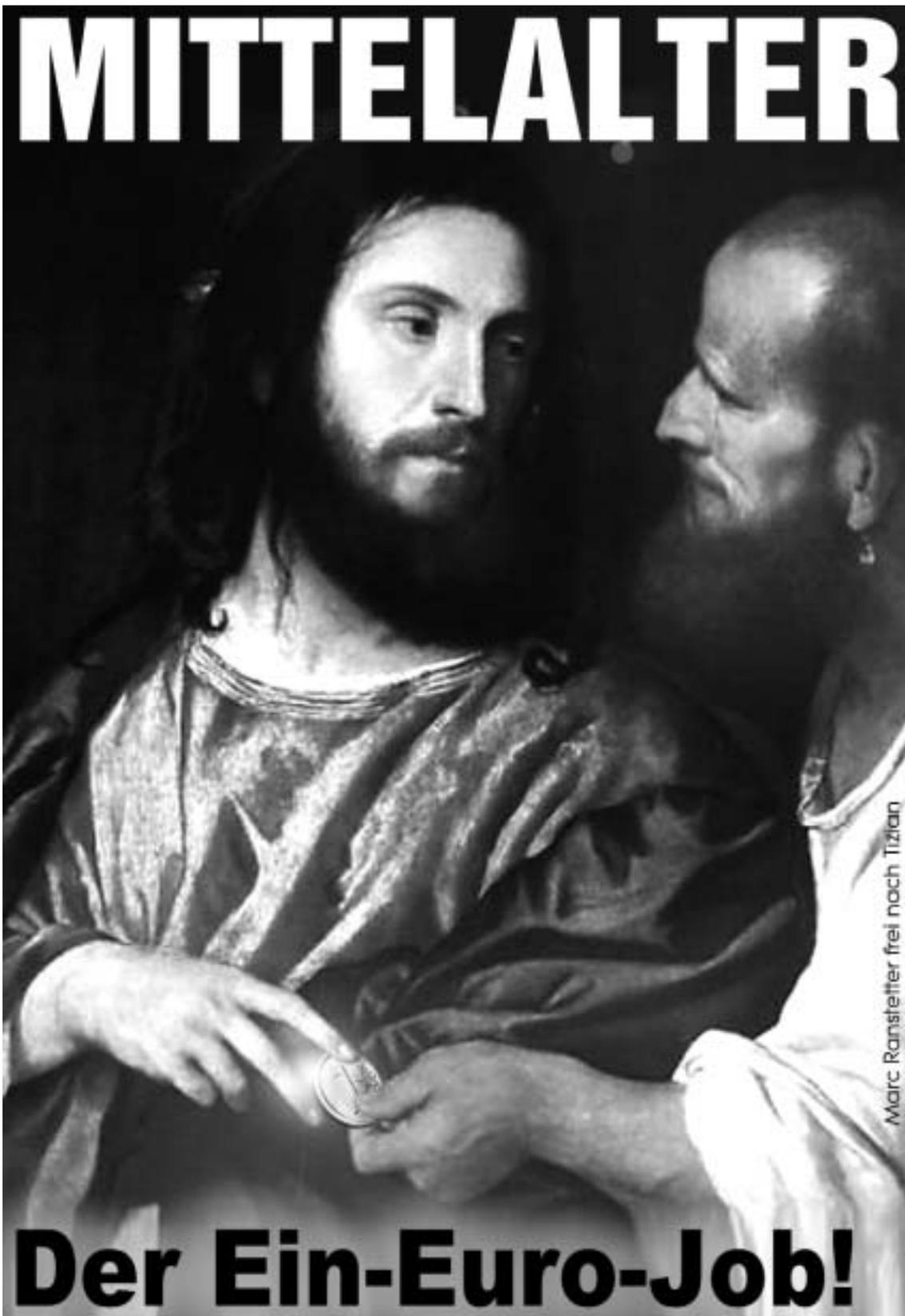
1. Oktober

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345



Die DDR – vor 55 Jahren gegründet und nach 41 Jahren untergegangen

VON KURT SCHNEIDER

Dieses Land, dieser Staat, der das Kürzel DDR trug, war mir Heimat, Hoffnung und Zuversicht. Ein neues Zeitalter schien mir angebrochen zu sein. Das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln hatte historisch neuartige Beziehungen der Produzenten, ein neues Gesellschaftssystem zur Folge. Es gab Arbeit für alle und eine umfassende soziale Sicherheit für jedermann. Die im Kapitalismus herrschenden sozialen Schranken für Bildung und Kultur waren überwunden. Der Traum von der sozialen Gerechtigkeit nahm reale Konturen an. Die sozialen und ökonomischen Wurzeln des Faschismus galten als ausgerottet. Der lange opferreiche Weg der revolutionären Arbeiterbewegung schien in Osteuropa zu einer Grundsteinlegung für eine Welt ohne Ausbeutung der Menschen durch kapitalistische Eigentümer an Produktionsmitteln, für eine neue Weltordnung ohne Kriege und soziale Ängste geführt zu haben. Mängel, Deformationen, Fehlentscheidungen empfand ich als entwicklungsbedingt, gewissermaßen als Kinderkrankheiten einer Gesellschaft, die noch in mancherlei Hinsicht auf dem Wege zum tatsächlichen Sozialismus war, weshalb Wunschenken als Realität zu benennen sich als höchst verhängnisvoll erweisen musste. Statt historisch notwendige Zeitabläufe zu bedenken und zu beachten, wurden diese missachtet. Obwohl insbesondere das demokratische Wesen des Sozialismus stark deformiert war, wurde der erreichte Entwicklungsstand als „entwickelter bzw. reifer Sozialismus“ bezeichnet.

Dass dennoch dieses Land je untergehen könnte, schien unvorstellbar, aber nicht absolut ausgeschlossen für den, der sich in den Kämpfen der Weltgeschichte auskannte. Und so kam es, wie es letztlich kommen musste. Als das politische System des realen Sozialismus – heute oft als Staatssozialismus bezeichnet – sich als unfähig erwies, herausgebildete Verkrustungen aufzubrechen und den neuen innen- und außenpolitischen Erfordernissen zu entsprechen, wurde es zu Fall gebracht. Dass das auf friedliche Art und Weise, ja letztlich auf geradezu zutiefst demokratische Weise geschah, widerlegt manche Sicht auf seine innere Beschaffenheit, auf sein Wesen.

Fortsetzung auf Seite 2

„Unternehmen sollen Arbeit schaffen, die Beschäftigten sollen ihre soziale Sicherung und das Gesundheitssystem selbst finanzieren. Die primäre Verantwortung der Unternehmen liegt nun einmal nicht in der Sozialfürsorge.“

Michael Rogowski, Präsident des Bundes der Deutschen Industrie, in der Wochenzeitung „Die Zeit“

Zurückgebildet

Ein Land in die Steinzeit zurückzubomben, das ist die amerikanische Art. Man setzt über'm Ozean nun mal auf Waffen und Gewalt und mörderischen Terror. Schließlich geschieht das alles im Namen der Freiheit.

Im Namen derselben besudelten Freiheit hat die CDU unser Land in die Steinzeit zurückgebildet. Das tut zwar nicht so weh, jedenfalls nicht körperlich. Aber die Langzeitwirkungen sind auch ganz schön verheerend. Die Lage muss sogar noch dramatischer sein, als bislang aus PISA- und anderen Studien deutlich wurde. Kein Wunder, dass aus allen möglichen Richtungen immer öfter die Vorteile des DDR-Bildungswesens ins Spiel kommen.

Was haben seinerzeit nach der Wende westdeutsche Lehrer und Gewerkschafter auf Hunderten Veranstaltungen in Sachsen gewarnt, sich ja nicht das westdeutsche Bildungssystem überstülpen zu lassen. Es sei am Ende mit all seinem Latein.

Sachsens neue CDU-Regierung hat, kaum dass sie die Alleinherrschaft übernommen hatte, den erklärten Willen der Mehrheit der hiesigen Eltern- und Lehrerschaft vom Tisch gefegt und das hinterwälderische Schulsystem von Baden-Württemberg eingeführt. Schlimmer, die CDU klammert sich wider alle Erfahrungen an ihre bornierte Steinzeitpolitik.

Warum nur? Wohl, weil beides nicht geht: ein modernes Bildungssystem und gleichzeitig Bildungsprivatisierung und -christianisierung, wie sie die CDU mit allen, auch finanziellen Mitteln in Sachsen (und ein SPD-Bildungsminister, gewesener Pfarrer, beispielsweise in Brandenburg) durchsetzt. Und die einzige Erklärung für all dies: Das müssen schon Auswirkungen der von den Christdemokraten selbst verursachten Bildungsmisere sein. • WART

Privatisierung vor sozialer Politik

Die Mieter-Interessengemeinschaft „Krähenhütte“ appellierte mit einer Eingabe an Leipzigs neugewählten Stadtrat, beim Verkauf ihrer Siedlung darauf zu achten, „dass für die etwa 50 Familien und Alleinstehenden (die durch ihre geringe Rente oder aus anderen Gründen auf Sozialhilfe und Wohngeld angewiesen sind) ein weiterer Verbleib in ihrem gewohnten Umfeld gesichert wird“.

Bescheidener geht es kaum. Aber selbst diese Bitte wurde in der jüngsten Stadtratssitzung vom Beigeordneten Tschense (SPD) abgeschmettert. Er werde keinen Einfluss auf die laufenden Kaufverhandlungen nehmen.

Wäre ja auch zu schön, wenn sich ein sozialdemokratischer Politiker dafür einsetzen würde, dass eine über Jahrzehnte gewachsene festgefügte Wohngemeinschaft mit vielen Alten und auch Kranken erhalten bleibt. Dies zu verweigern ist nicht nur herzlos und kalt, finanzpolitisch gesehen ist es auch dumm. Denn das gewaltsame Auseinanderreißen der Mietergemeinschaft bedeutet, dass auf die Stadt zusätzliche Alten- und Pflegeheimaufwendungen zukommen werden.

Für die anderen Mieter bleibt die Angst, die Preise für senioren- und singlegerechte Wohnungen nicht aufbringen zu können. „Also“, mahnen sie, „ist es absolut vorprogrammiert, wo alle Betroffenen dank der von der Stadt festgelegten Wohngeldregelung von 3,85 Euro landen werden – in jener abgewrackten Bausubstanz, die vor Hartz IV z.T. schon zum Abriss vorgesehen war.“ • MX

PDS-Stadtdelegiertenkonferenz Leipzig:

Trotz Widrigkeiten ein erfolgreicher Wahlkampf

LN. „Es war ein anstrengender und ein trotz widriger äußerer Umstände sehr erfolgreich geführter Wahlkampf“, lautete ein Kernsatz des Leipziger PDS-Stadtvorsitzenden, Volker Külow, auf der Stadtdelegiertenkonferenz am 25. September. Er hob in seinem Referat besonders das Engagement der Leipziger Kandidatinnen und Kandidaten in ihren jeweiligen Wahlkreisen hervor, die gemeinsam mit den Basisorganisationen der PDS Info-Stände, Wahlforen und Briefkastenaktionen durchführten. So erreichten sie viele Bürgerinnen und Bürger, die sehr oft ihren Unmut über die Politik der Bundesregierung im Zusammenhang mit Hartz IV zum Ausdruck brachten.

Gerade in Leipzig tobte eine Wahlschlacht, die an Dramatik nicht zu übertreffen war, wie die Ergebnisse zeigen. Leipzig hatte 7 Direktwahlkreise, aber nur 5 bestätigte Direktkandidaten. Die Ursachen für die Nichtbestätigung der Direktkandidaten Siegfried Schlegel (Wahlkreis 28) und Wolfgang Denecke

(Wahlkreis 31) sind noch immer nicht vollständig aufgeklärt. Der aus diesem Grund zur Stadtdelegiertenkonferenz eingeladenen PDS-Landesgeschäftsführer, Rico Gebhardt, erschien trotz vorheriger Zusage nicht. Nach telefonischer Rücksprache des Stadtvorsitzenden mit der Landesvorsitzenden Cornelia Ernst wird diese nun in den nächsten Tagen die Delegiertenkonferenz schriftlich über die Vorgänge um die beiden Direktkandidaten



Im Blitzlichtgewitter: Dietmar Pellmann und Barbara Höll gewannen erstmals Leipziger Direktmandate für die PDS. Foto: Märker

Gefahr der Massenumzüge noch nicht völlig gebannt

LN. Dem Ziel der Leipziger Verwaltungsspitze, alles zu unternehmen, damit es in Leipzig bei der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes nicht zu Massenumzügen der Bezieher von Arbeitslosengeld II kommt, ist grundsätzlich zuzustimmen, erklärt PDS-Stadtrat Dr. Dietmar Pellmann.

„Um das zu gewährleisten“, führte er weiter aus, „reicht die jüngste Verfügung des Oberbürgermeisters jedoch nicht aus. Immerhin geht es um etwa 55 000 Leipzigerinnen und Leipziger.“

Als sozialpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion fordert er OBM Tiefensee deshalb auf, „umgehend eine Beschlussvorlage in der Stadtrat einzubringen, um den gewählten Volksvertretern die

Möglichkeit der Prüfung und Entscheidung zu geben. Eine solche Vorlage müsste auf Basis einer gründlichen Analyse der Wohnverhältnisse der gegenwärtigen Bezieher von Arbeitslosengeld II basieren, die sich durchaus von denen der Sozialhilfeempfänger unterscheiden. Ob die jetzt angedachte Übernahme der Kaltmiete von 3,85 Euro pro Quadratmeter wirklich ausreicht, ist fraglich. Für diesen Betrag ist schon jetzt kaum eine unsanierte Plattenbauwohnung in Grünau zu erhalten, ganz zu schweigen von einer sanierten.“ Es müsse doch nachdenklich stimmen, wenn in Dresden pro Quadratmeter 4,39 Euro Kaltmiete übernommen werden.

informieren. Bei einem hochgerechneten Stimmverlust von fast 19 000 Erststimmen in den Wahlkreisen 28 und 31 für die PDS dürfte dies wohl auch noch die nächste Tagung des Landesparteitages der sächsischen PDS beschäftigen.

Mit dem Beschluss der Stadtdelegiertenkonferenz zum Finanzplan 2005 wurden die ersten Voraussetzungen für den Oberbürgermeisterwahlkampf im kommenden Jahr geschaffen. Über eine Kandidatin oder einen Kandidaten entscheidet der Stadtverband in nächster Zeit.

Abschließend wählte die Konferenz die Leipziger Delegierten für den 9. Bundesparteitag der PDS in Potsdam.

Auch die Pauschale für Heizung und andere Betriebskosten müsse nochmals auf den Prüfstand. Selbst bei der katastrophalen Haushaltslage Leipzigs dürfe es nicht sein, dass die Wohnverhältnisse der ALG-II-Empfänger von der Kassenlage der jeweiligen Kommunen abhängen. „Bereits jetzt ist klar“, so Pellmann, „dass die Bundeszuweisungen nicht ausreichen, um die erheblich ansteigenden Ausgaben für Unterkunft zu decken. Daher ist auch der Freistaat Sachsen gefordert, zwischen seinen Kommunen für einen gerechteren Soziallastenausgleich zu sorgen. Schlüsselzuweisungen des Landes für Leipzig müssen endlich erheblich aufgestockt werden. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass Leipzig fast doppelt so hohe Sozialausgaben wie Dresden aufbringen muss.“

Die DDR...

Fortsetzung von Seite 1

Die Welt des Kapitalismus, die als überwunden schien, kehrte mit aller Macht zurück. Das kapitalistische westdeutsche Gesellschaftssystem erfuhr durch den Beitritt der DDR zur BRD seine von Anfang an angestrebte territoriale Erweiterung. Dem Verlauf und dem Ergebnis nach war das, revolutionstheoretisch bewertet, der Vollzug einer modifizierten Konterrevolution. In den sogenannten Fehlern der Einheit widerspiegelt sich das tatsächliche Wesen des Vollzugs der Einheit. Seither wird – wie schon zuvor – die Geschichte der DDR verteufelt und kriminalisiert. Dieser Staat, entstanden mit dem Anspruch, nicht nur Antipode

zum Faschismus und Militarismus zu sein, sondern auch als Alternative zum Kapitalismus zu fungieren, wurde daher vom kapitalistischen deutschen Staat – der BRD – bekämpft mit allen möglichen Mitteln und Methoden. Die ökonomische und politische Entwicklung der DDR, ihre Resonanz und Anerkennung zu behindern war oberstes Gebot, dem über lange Zeit die Hallstein-Doktrin diente.

Auch wenn unbestreitbar bleibt, dass eigene Versäumnisse, schwerwiegende Fehlentscheidungen und -entwicklungen, undemokratische Machtstrukturen und theoretische Entstellungen der sozialistischen Idee wesentlich mit zum Ende der DDR geführt haben und man auch nicht ignorieren kann, dass große Teile der Bevölkerung deshalb diesem Staat den Rücken kehrten – die Summe der Wahrheiten über das Ende der DDR

ist längst noch nicht bekannt.

Heute sind wir an Erfahrungen reicher, aber sind wir auch klüger als vor 55 Jahren oder vor 15 Jahren? Man sollte diese Frage nicht vorschnell und vorbehaltlos bejahen. Der Maßstab dafür kann letztlich nur die Beantwortung der Fragen sein, die uns die Gegenwart stellt. Nachdenken über Geschichte wird nicht um der Geschichte willen betrieben, sondern immer, weil uns die Gegenwart unter den Nägeln brennt. Heute soll selbst jeder Versuch, mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie und den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten die vom kapitalistischen Profitstreben dominierte Gesellschaft durch wirksame Wege zur sozialen Gerechtigkeit progressiv zu verändern, unmöglich gemacht werden. Deshalb lebt Geschichte in Ostdeutschland wie nirgendwo in der Bundesrepublik.

Landtagswahl Sachsen

Vorläufiges amtliches Endergebnis

(im Vergleich zu 1999)

Wahlberechtigte	3 553 491
	-38 965
abgegeben. Stimmen	2 118 830
	-77 452
gültig	2 080 079
	-83 993
ungültig	38 751
	+6 541
CDU	855 248
	-376 006
PDS	490 495
	+10 178
SPD	204 390
	-27 921
NPD	191 087
	+161 494
FDP	122 410
	+99 041
Grüne	106 802
	+51 193
Andere	109 647
	-6 972

Ergebnis in Prozenten

(Bezogen auf die Wahlberechtigten, nach Berechnung der Humanistischen Union)

Nichtwähler	40,4
CDU	24,5
PDS	14,1
SPD	5,8
NPD	5,5
FDP	3,5
Grüne	3,0

Sitzverteilung

Infolge von Überhangmandaten und Aufstockung des Landtags von 120 auf 124 Sitzen stehen **55 Abgeordneten der CDU 31** der PDS, **13** der SPD, **12** der NDP, **7** der FDP und **6** der Grünen gegenüber.

Die PDS-Fraktion

(Alphabetische Reihenfolge; Hervorhebung: mit Direktmandat)

Elke Altmann, Freiberg
Klaus Bartl, Chemnitz
Julia Bonk, Dresden
Cornelia Ernst, Dresden
Cornelia Falken, Leipzig
B.-Michael Friedrich, Sausiedlitz
Rico Gebhardt, Dresden
André Hahn, Gohrisch
Heiko Hilker, Großweitzschen
Barbara Höll, Leipzig
Dietmar Jung, Hoyerswerda
Kathrin Kagelmann, Niesky
Katja Kipping, Dresden
Freya-Maria Klinger, Chemnitz
Kerstin Köditz, Grimma
Heiko Kosel, Wartha
Volker Külow, Leipzig
Caren Nicole Lay, Dresden
Ingrid Mattern, Dresden
Falk Neubert, Wilsdruff
Dietmar Pellmann, Leipzig
Peter Porsch, Klinga
Andrea Roth, Tannenbergesthal
Sebastian Scheel, Leipzig
Regina Schulz, Grüngräbchen
Bettina Simon, Löbau
Klaus Tischendorf, Lugau
Ronald Weckesser, Dresden
Horst Wehner, Chemnitz
Heike Werner, Markkleeberg
Karl-Friedrich Zais, Chemnitz

Oppositionsführer gestärkt

Sachsenwahl in sechs Stichwörtern

Wahlverweigerung

Wahlberichte und -analysen rückten diesmal die Nichtwählerquote auffällig in den Hintergrund – Grund genug für uns, sie an erster Stelle zu vermerken. 59,6 Prozent der Wahlberechtigten Sachsens gaben am 19. September ihre Stimme ab – noch etwas weniger als 1999 (61,1). Die Hauptmotive für die Wahlenthaltung der übrigen rund 40 Prozent Wahlberechtigten lassen sich aus immer wiederkehrenden Alltagsäußerungen erschließen: 1. pauschales Misstrauen gegenüber Politikern und Zweifeln, mit Stimmabgabe etwas bewirken zu können; 2. die Schwierigkeit, sich zwischen Parteien und Personen zu entscheiden. Letzteres kann aus Desinteresse an gesellschaftlichen Fragen erwachsen, hat aber auch damit zu tun, dass weder die meisten Medien noch die Zentralen für politische Bildung ernsthaft dazu beitragen, Klarheit über Programmatik, Ziele, Interessenbindung und Sponsoren von Parteien zu schaffen. Vor allem aber bemerken die Ostdeutschen die Geistesverwandtschaft der Fraktionen des „bürgerlichen Lagers“ trotz all ihrer Konkurrenz, die derzeitigen Vorstände von Grünen und SPD leider eingeschlossen. Bezeichnendes Detail: Vor vier Jahren rief der Unternehmerverband Gesamtmetall die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (INSM) ins Leben. Betreut von einer Werbeagentur, verbreitet sie mit einem Netzwerk von Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten neoliberale Ideen, liefert Gutachten, vermittelt Talkshow-Gäste usw. Alle Bundestagsparteien außer der PDS arbeiten mit dieser Propagandazentrale zusammen. Wen soll man da wählen?

Wer nicht den Zugang zur PDS gefunden hat, steckt in der Klemme. Besonders wenn er sich bewusst war, dass Nichtwählen die NDP begünstigt.

Gebrochene Alleinherrschaft

Die wichtigste gute Nachricht des Wahlabends: Die absolute Mehrheit der CDU hat ein Ende. Und das liegt keinesfalls daran, dass nicht mehr Biedenkopf ins Rennen ging – der war längst

entzaubert und hätte in der Auseinandersetzung um Hartz IV als Freund des konservativen Professors Miegel vollends die Hosen runterlassen müssen. Nachfolger Milbradt suchte mit Taktieren das Schlimmste zu verhindern. Aber erstens haben viele bisherige CDU-Wähler begriffen, dass sie mit Milbradt auch Merkel, Merz und Meyer wählen. Zweitens machten schwarzer Filz und Skandale fortwährend Schlagzeilen. Drittens ließ sich bei aller Regierungspropaganda die tatsächliche Lage des Landes nicht überspielen: Rund 400 000 Arbeitsplätze fehlen; Sachsen hält die Spitze bei Niedriglöhnen und hat die Regionen mit der niedrigsten Kaufkraft in Deutschland; immer mehr junge Menschen verlassen das Land. So erlitt die CDU hier den wohl höchsten Verlust ihrer Geschichte. Dennoch: Sie holte 55 Direktmandate und bleibt die mit Abstand stärkste Partei im Landtag. Das verdankt sie in erster Linie der Schröder-Fischer-Regierung und der Bundes-SPD.

Koalition der Abgestraften

War die sächsische SPD schon zuvor schwach, so wurde sie jetzt zum Hauptblitzableiter für den Volkszorn über „Gesundheitsreform“ und Hartz IV. Auch der Wechsel an der Landesspitze der Partei und massive Plakatwerbung konnten das einstellige Prozent-Ergebnis (selbst ohne Berücksichtigung der Nichtwähler) nicht mehr verhindern. Grotesk die Folge der parallelen Niederlagen von CDU und SPD: Es kommt zur Koalition der Abgestraften. Da beide Parteien nicht über ihren Bundesschatten springen können und wollen, wird die kleine Wende in Dresden auf einen Aufschub der nötigen echten Wende hinauslaufen. Immerhin: Auch wenn die sozialdemokratische Fraktion nur 13 Mitglieder zählt – ganz homogen ist sie nicht, und bei Strafe völligen Untergangs muss sie Gesicht wahren.

NPD-Stimmen: nicht nur Protest

Das schlimme – und nicht zu Unrecht allseits hervorgehobene – Ergebnis der Sachsen-Wahl ist der Einzug von 12 Neonazis in



Nun erst recht: Kampf um die Köpfe der NPD-Wähler mitten in der Gesellschaft.

Foto: Märker

den Landtag. Genauer: der beträchtliche Erfolg der nationalistisch-sozialen Demagogie der NPD, der nicht nur auf Protestverhalten von Wählern zu reduzieren ist. Besonders zu denken gibt, dass vor allem ganz junge Leute NPD wählten – bei Älteren dominiert noch eine antifaschistische Grundeinstellung. Der Leipziger Pfarrer Christian Wolff schrieb in einem aufrüttelnden Bekenntnis: „Dieser Tage fragte ein Journalist die Spitzenpolitiker Sachsens: Wer ist schuld daran, wenn die NPD in den Landtag einzieht? Darauf kann es nur eine Antwort geben: diejenigen, die die NPD wählen. Doch das sagte keiner der Befragten. Darum in aller Klarheit: Wer am morgigen Sonntag einer rechtsradikalen Partei seine Stimme gibt, lädt eine große politische und moralische Schuld auf sich.“ In letzter Stunde noch einmal die Verantwortung des Wählers zu betonen, war zweifellos wichtig. Dennoch darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass Neofaschisten in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder geistige Schützenhilfe erhielten. Frisch in Erinnerung sind die Umstände, unter denen Roland Koch in Hessen zur Macht kam. Diesmal fischte Angela Merkel mit nationalistischen Schlagsät-

zen am rechten Rand. Üble Formen nahm die Polemik gegen andere Parteien an: Der sächsische CDU-Generalsekretär Hermann Winkler warnte vor „rotgrün-braunem Chaos“, Ministerpräsident Milbradt schrieb allen Haushalten: „Jede Stimme für Radikale von rechts und links beschädigt das Ansehen unseres Landes.“ War die faktische Gleichstellung der NPD mit einer angesehenen demokratischen Partei etwa keine Hilfe für Neonazis?

Prüfstand für FDP und Grüne

Kaum überraschen konnte das erstmalige Überspringen der 5-Prozent-Hürde in Sachsen durch FDP und Grüne. Sie profitierten vom sinkenden CDU- und SPD-Prestige und von der fortschreitenden sozialen Differenzierung Ostdeutschlands.

Neben Bürgern westdeutscher Herkunft und Selbständigen entschieden sich vor allem jüngere Menschen in nicht-prekärer Lebenslage für diese Parteien, die sich zunehmend annähern. Im Falle der Grünen zahlte sich auch energischer regionaler Einsatz für Umweltbelange aus. Für die Klientel beider Parteien wird der Landtag zum Prüfstand: Trog die Hoffnung auf frischen Wind?

Stabilität des Oppositionsführers

Wer erwartete – oder befürchtete –, dass die zeitlich genau berechnete Kampagne gegen ihren Spitzenkandidaten der PDS merklich Abbruch tut, wurde eines anderen belehrt. Offenbar bewerteten potentielle PDS-Wähler die „Enthüllungen“ zumeist ganz anders als ihre Urheber – und sie hatten andere Sorgen, die nur von den Sozialisten angesprochen wurden. Die PDS zeigte klares Profil als soziale Partei, legte zu und blieb nur gering unter dem angestrebten Ziel. Ein besonderer Erfolg: Nach starkem Einsatz ihrer Bewerber und Mitstreiter machte sie erstmals der CDU vier Direktmandate streitig; infolge besonderer Umstände (S. 2) verhalf sie indirekt auch einem SPD-Bewerber zum Sieg. Damit bleibt die PDS in Sachsen Oppositionsführer – und dies gestärkt. • G. BRAUN

Brandenburg: Hohes Ansehen von PDS-Kandidaten

LN. Geradezu sensationell schnitten die Direktkandidaten der demokratischen Sozialisten bei der Landtagswahl in Brandenburg ab: Sie eroberten **23** der 44 Wahlkreise. 17 gingen an die SPD, vier an die CDU. In zehn von PDS-Bewerbern gewonnenen Wahlkreisen steht ihre Partei an 2. Stelle, meist nur

knapp hinter der SPD. Spitzenpositionen bei der Zweitstimme erreichte die PDS in 17 Wahlkreisen, davon in 16 mit **über 30** Prozent der abgegebenen Stimmen. So auch in Barnim II und III, wo Spitzenkandidatin Dagmar Enkelmann und Landeschef Ralf Christoffers für die Sozialisten erfolgreich waren. In Pots-

dam II schaffte die PDS **37,6** Prozent, doch Ministerpräsident Platzeck (SPD) jagte ihr – diesmal noch – das Direktmandat ab. Die SPD verlor 60 565 Stimmen gegenüber 1999, behielt aber mit 372 956 Stimmen einen kleinen Vorsprung vor den 326 922 Stimmen der PDS (+69 613). Die CDU kam auf 227 036 (-65 598).

Die rechtsextreme DVU holte 71 003 Stimmen (+12 756) und blieb damit im Landtag. Die Grünen (42 107) und die FDP (38 887) legten zwar stark zu (ebenso wie sonstige Parteien/Wahlvereinigungen), scheiterten jedoch erneut an der 5-Prozent-Hürde – auch infolge gestiegener Wahlbeteiligung.

Stadthaushalt 2005

Weitere Leistungseinschränkungen

Wie immer, wenn das Kalenderjahr sich seinem Ende entgegen neigt, stehen die Leipziger Stadträte vor der Bewältigung ihres größten Brockens: dem städtischen Haushalt für das kommende Jahr. Im September wird der Entwurf der Öffentlichkeit präsentiert, um in der Regel nach den Debatten in den Ausschüssen und im Stadtrat im Dezember verabschiedet zu werden. Damit stehen die finanziellen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Verwaltung im kommenden Jahr fest. Nach den Problemen bei der Haushaltsdurchführung für das laufende Jahr zeichnet sich indes für 2005 ein noch schwierigeres Jahr ab. Insgesamt stehen nach derzeitigem Erkenntnisstand 120 Millionen Euro weniger als 2004 zur Verfügung. Trotz weiterer einschneidender Sparpläne liegt erstmalig kein ausgeglichener Etatentwurf vor. Das wiederum bedeutet, das Einsparpotential

der Stadtverwaltung ist im Wesentlichen ausgereizt. Finanziell steht Leipzig mit dem Rücken an der Wand!

Hintergrund sind seit Jahren lahrende Konjunktur und strukturelle wirtschaftliche Probleme Ostdeutschlands, die jeder ostdeutschen Kommune mehr oder weniger hart zu schaffen machen. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Die Folgen sind fehlende Steuereinnahmen und wachsende Ausgaben im sozialen Bereich. Anhaltende Abwanderungsbewegungen und wachsende demographische Verwerfungen tun ein Übriges. Eine Besonderheit im Freistaat besteht zudem in der Schiefelage zwischen den wachsenden finanziellen Nöten der sächsischen Städte und Gemeinden einerseits und Konsolidierungsbemühungen der Staatsregierung für ihren Etat andererseits. Sachsen rühmt sich seit Jahren, nach Bayern das am

geringsten verschuldete Bundesland zu sein. Die Kommunen aber werden im Regen stehen gelassen. So will die Dresdener Regierung auch im kommenden Jahr massive Mittelkürzungen bei den Zuweisungen an die Kommunen vornehmen. Allein für Leipzig bedeutet das Mindereinnahmen von 40 Millionen Euro für 2005. Trotz vollmundiger Versprechungen kamen auch keine wirksamen Entlastungen von der Bundesregierung, die die eigentlich bereits für dieses Jahr geplante Gemeindefinanzreform vor sich her schiebt wie eine heiße Kartoffel. Aber nicht nur das! Die rot-grüne Steuerpolitik der vergangenen Jahre, mit der unter anderem die Konjunktur aus der Talsohle geführt werden sollte, hat bei den Kommunen zu beträchtlichen finanziellen Einbußen geführt. Der erhoffte Wachstumsschub allerdings blieb bislang aus. Allein die Messestadt hat nach An-

gaben ihrer Kämmerei jedoch seit 1999 Steuerausfälle von über 50 Millionen Euro verkraften müssen, ohne dass ein Ende dieser verhängnisvollen Entwicklung absehbar ist.

Nach den Vorstellungen der Rathauspitze sollen die Einschnitte im nächsten Jahr vor allem bei Personal und Investitionen erfolgen. Durch den Abbau von 440 Stellen in der Kernverwaltung oder alternativ der Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden soll ein Einsparvolumen von 17,5 Millionen Euro bei den Personalkosten realisiert werden, dass den Verwaltungshaushalt entlasten soll. Eine Reihe spürbarer Leistungseinschränkungen der Kommune scheint so oder so unausweichlich. Die kommunalen Investitionen als wesentlicher Impulsgeber für die örtliche Wirtschaft sollen zudem um rund 35 Prozent zusammengestrichen werden. Ein kleiner Trost ist die Zu-



sicherung, bei der Kinderbetreuung keine Einschnitte vornehmen zu wollen. Um hier den Bedarf zu decken, will man im Rathaus sogar im Vergleich zu 2004 noch etwas draufsatteln. Unterm Strich allerdings bleibt ein fader Beigeschmack: Auch wenn es im parlamentarischen Verfahren noch hie und da Veränderungen am Haushaltsplanentwurf geben wird, eine Grundlage für die Stärkung der Leipziger Wirtschaft und für mehr Beschäftigung ist er beileibe nicht.

• JAN DIETRICH

Derzeit findet im ersten Mustermessehaus der Welt, dem Städtischen Kaufhaus in Leipzig, eine Ausstellung zur Architekturentwicklung in den beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1989 statt, die nur in zwei deutschen Städten gezeigt wird, nach Hamburg nunmehr in Leipzig.

Es dürfte eine der ganz wenigen Ausstellungen der letzten 15 Jahre in Deutschland sein, die nicht durch die westdeutsche Brille in Kalter-Krieger-Manier verbrämt ist. Wahrscheinlich, weil sie anschließend auf Weltreise gehen soll – initiiert im Auftrag des Auswärtigen Amtes. Besucher im Ausland könnten sich sonst wegen des deutschen Kleingeistes an den Kopf greifen. Haben sich doch viele als Gäste der BRD und der DDR ein eigenes Bild von den beiden Deutschlands gemacht.

Ein weiteres Plus ist, dass sie gemeinsam von Leuten gestaltet wurde, die wie Dr. Simone Hain aus der DDR oder Prof. Hartmut Frank aus der BRD kamen. Die zahlreichen Modelle widerspiegeln die große Achtung, mit der die Gestalter, Hamburger Studenten, sich mit dem jeweiligen Bauwerk befassten. 83 Beispiele aus der DDR und 134 aus der BRD führen zum Fazit, dass die Architektur zwischen 1949 und 1989 in der DDR und BRD viel mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweist.

Lässt man die Anti-DDR-Propaganda der letzten Jahre außer Betracht, so überrascht die Ausstellung wiederum nicht. Die DDR und die BRD existierten nicht auf dem Mond, sondern inmitten einer realen Welt als Teil von ihr. Nicht zu vergessen die Prägung der modernen Architektur durch die 20er Jahre, in denen begonnen wurde, stärker den Menschen mit seinen Bedürfnissen in seiner Umgebung, nach Mobilität, sozialer Geborgenheit und Kommunikation sowie die Funktionalität in den Mittelpunkt zu stellen. Bedeutende Impulse gingen vor allem von der Bauhausbewegung in Dessau und Weimar aber auch von der sowjetischen oder der USA-Architektur aus. Viele namhafte Architekten arbeiteten in jenen Jahren in der SU oder gingen in die USA. Nach dem Krieg kamen viele nach Deutschland zurück. Auch

dadurch wurden die Architekturauffassungen in beiden deutschen Staaten beeinflusst.

So gab es in Ost und West zahlreiche Beispiele, dass nach der Profanarchitektur zwischen 1933 und 1945 eine eigenständige Architektursprache mit Bezügen zu Bautraditionen, auch der Region, gesucht wurde. Deshalb geht es am Kern vorbei, wenn bei vielen Bauten in der DDR einfach nur von „stalinistischer Zuckerbäckerei“ gesprochen wird. Einseitig müssen heute oftmals Einflüsse sowjetischer Architekturauffassungen als Beispiel für Diktatur herhalten. Weniger diskutiert wird, dass Architekturauffassungen der amerikanischen Besatzungsmacht im Westen vor allem in den 50er Jahren dominierten und auch als Abgrenzung zur Entwicklung in der DDR zunehmend angewandt wurden. Befördert wurde dies besonders vom Wirtschaftsminister und Kanzler Ludwig Erhard.

Plattenbau und Großwohnsiedlungen gibt es in Ost und West gleichermaßen. Außerdem stammt die Großtafelbauweise nicht, wie vielfach angenommen wird, aus der Sowjetunion, sondern aus Frankreich. Sie gelangte aber wegen ihrer umfangreichen Anwendung in der Sowjetunion Ende der 50er Jahre in die DDR. Große Übereinstimmung gibt es auch bei der Kaufhausneubauten, die vor allem funktionell geprägt sind. Auch wenn Konsum und „Shopping“ in der DDR nicht wie für viele im Westen die Hauptfreizeitbeschäftigung war, so sollte Einkäufen trotzdem nicht Last, sondern auch Lust sein. Nicht verwunderlich sind die vielen weltweiten Parallelen bei Theater- und Konzert- oder Bildungsbauten. Selbstverständlich gibt es auch Unterschiede. So künden zahlreiche Beispiele großer Verkehrsbauten, wie Flugplätze, Eigenheime oder Kirchen von der Bedeutung, die diese in der BRD-Gesell-

schaft spielen. Beispiele für Kindergärten oder Kulturhäuser werden nur aus der DDR gezeigt.

Für den Zuhörer war es während der Ausstellungseröffnung interessant, mit welchen Verrenkungen sich der sächsische Staatssekretär Dr. Albrecht Buttolo und Regierungspräsident Christian Steinbach bemühten, ideologische Scheuklappen abzulegen.

Auch der Letzte müsste langsam begriffen haben, dass Beton ein Gemisch aus Zement, Zuschlagstoffen und Wasser ist und es deshalb keinen kapitalistischen oder sozialistischen Beton geben kann. Sehr wohl beeinflusst aber die Gesellschaft die Architektur von Bauten.

Diese Ausstellung mit ihrer Unverkramptheit sollte für die Zukunft Maßstab für den Umgang mit der Geschichte der BRD und der DDR sowie des geeinten Deutschlands sein.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Unverkrampter Blick auf Architektur

Ausstellung im Städtischen Kaufhaus zur Architektur in der BRD und DDR zwischen 1949 und 1989 kündigt von mehr Gemeinsamkeiten als Unterschieden



Links, West: Typ Berlin-Charlottenburg 1957; Mehrfamilienhaus; Architekt: Le Corbusier
Rechts, Ost: Rathausstraße, Berlin-Mitte 1968 – 1972
Architekten: Graffunder, Köhler, Wenzel, Kuntzsch

Abb. aus dem Ausstellungskatalog

Was hatte die Menschheit schon für lichte Zeiten. Zum Beispiel die Aufklärung. Laut Kant ist Aufklärung der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit aber sei „das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache desselben nicht am Mangel der Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“

Wenn sich jemand „Stiftung Aufarbeitung“, nennt, möchte man ihm schon Verstand zutrauen. Bloß, wem dient er ... Ein derzeit auf Leipzigs Straßen zu begutachtendes Projekt dieser Stiftung sind pastgelbe überdimensionale Ausrufungszeichen mit einigen wunderlichen Texten – quasi eine Straßenchronik des Widerstandes in der DDR-Endzeit. Gefördert wurde das Ganze mit Mitteln der *Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*. Dass da das *Bürgerkomitee Leipzig e.V.* nicht weit sein kann, liegt auf der Hand.

Sapere aude! Das sagt sich so leicht dahin. Denn, sing ich das Lied nicht, dessen Brot ich ess, was dann? Andererseits, stellt sich diese Gewissensfrage in diesem Fall für überhaupt?

Wer Jahr um Jahr für sinnloses Schnipselzusammenkleben, für gruselige Ausstellungen von Stasifotoapparaten und Führungen durch Stasi-Bunker nach Steuergeldern hechelt, der hat auf seine Weise auch Mut. Also wird tapfer weiter Unrecht aufgearbeitet, auch wenn sich das täglich mehr relativiert angesichts von Entlarvungen weltweiter Geheimdienstaktivitäten, vor allem aber angesichts von Armutssetzungen, von Dreiklassenme-

Halbwahrheiten, Lächerlichkeiten, Weglassungen – so ist es brav!

Ein Leipziger Stadtbummel, der nachdenken lässt über den Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen



Foto: Märker

dizin, von Bildungsnotstand ...

Aber lassen wir das. Werfen wir endlich einen Blick auf die gelben Tafeln (was wirklich nur selten einer der vorbeihastenden Passanten tut).

Da ist die über den 9. Juli 1989. In Leipzig war Landeskirchentag, den 2500 Oppositionelle aus der ganzen DDR frei zugänglich nutzen konnten, um sich über künftige Aktionen auszutauschen. Aber: „Nach dem Abschlussgottesdienst auf der Leipziger Rennbahn formierte sich eine Demonstration gegen Wahlbetrug und für

Demokratie. Die Sicherheitskräfte griffen wegen der anwesenden westlichen Journalisten und Gäste nicht ein. Auf dem mitgeführten Transparent stand das Wort ‚Demokratie‘ in Deutsch und Chinesisch – als Protest gegen die blutige Niederschlagung der friedlichen Studentenproteste in Peking am 4. Juni. Auf dem Weg entrissen Stasi-Mitarbeiter das Tuch und flüchteten in eine Straßenbahn.“

Selten so schallend gelacht über diese Scherzbolde.

Ach Leute, es wäre ja wirklich lustig, wenn nicht der aus „Widerstandskreisen“ stammende zwischenzeitliche Anwärter auf das Amt des Bundespräsidenten, Steffen Heitmann, in einem Rundfunkinterview geklagt hätte, dass man heute mit der PDS keine Probleme mehr hätte, wenn während der Wendezeit Blut geflossen wäre.

Was für ein Wunsch war da Vater eines grauenhaften Gedankens? Soviel Ärger, weil niemand der DDR-Offiziellen auf Demonstranten hat schießen lassen? Nie hätte schießen lassen, wohlgerme!

Und was die ungenehmigten Demos betrifft: Heute werden ja schon Wasserwerfer gegen Demonstranten genehmigter Aktionen eingesetzt, um marschierende Nazis zu schützen. Von Knüppeln und dem in Leipzig verbotenerweise, aber selbstredend bisher nicht geahndeten Pfeffersprayeinsatz gar nicht zu reden.

Dieser Einwand gilt auch für die Tafeltexte über den 4. September und den 9. Oktober 1989. Wobei auf letzterer Tafel frohlockt wird, dass sich die bereitstehenden 8000

bewaffneten Kräfte angesichts der demonstrierenden Massen zurückzogen.

Ja eben!

Die Tafel vom 4. Dezember 1989 tut kund, dass die Demonstranten bisher auf dem Friedrich-Engels-Platz umgekehrt seien „und so der befürchteten Konfrontation mit der Staatssicherheit auswichen“. – Kein Mut auch zu sagen, dass Dokumente bestätigen: Kein Angehöriger des MfS durfte damals mit einer Waffe auf die Straße! Kein Mut zu sagen, dass es ein einmaliger Vorgang in der Weltgeschichte ist, dass ein Geheimdienst sich freiwillig und von niemand dafür ermächtigten Bürgern entmachten ließ, nur um die Lage nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Das passierte dann doch, als die Runde Ecke von innen geöffnet wurde. Von wegen, wie es auf der Tafel heißt „gelang es einer Gruppe von 30 Bürgern, das Gebäude friedlich zu besetzen“. Unvorstellbar, was an diesem Tag an Material herausgeschleppt oder fotografiert wurde. Sollte das friedlich oder gar rechtsstaatlich vorbildlich gewesen sein?

Nichts Neues unter der Sonne. Schon vor gut 230 Jahren spötelte Aufklärer Voltaire über die Übernahme von Legenden, über Geschichtsklitterung eben: „Und genau das ist die Art, wie Geschichte geschrieben wird“. Anders gesagt, es ist schlicht unzulässig, die gesamte Geschichte auf die Erlebnisse einiger Leute zu reduzieren, die in und mit der DDR nicht glücklich werden konnten.

• MAXI WARTELSTEINER

Als oberstes Gericht des acht Jahre zuvor entstandenen Wilhelminischen Kaiserreichs wurde das Reichsgericht mit Wirkung vom 1. Oktober 1879 und mit Sitz in Leipzig gegründet. Der monumentale Bau für die neue Institution, der heute das Bundesverwaltungsgericht beherbergt, entstand in den Jahren 1887 bis 1896.

Das Reichsgericht bestand bis zum Untergang des „Dritten Reiches“ im Mai 1945. Doch in bundesdeutschen Publikationen findet sich so oder ähnlich die Feststellung: „An seine Stelle trat nach Gründung der Bundesrepublik der Bundesgerichtshof.“ Diese Kontinuität muss man nicht nur auf weitgehend formelle Gleichartigkeit der Kompetenzen beider Gerichte beziehen, sondern durchaus auch auf den Geist der Rechtsprechung. Ähnlich wie dem Bundesgerichtshof oblagen dem Reichsgericht neben Beruungsangelegenheiten die Ahndung von Hoch- und Landesverrat sowie anderen politischen Delikten. Viele Beispiele von Verhandlungen und Urteilen zeugen davon, dass die Wahrung der Stabilität des gesellschaftlichen Systems Vorrang gegenüber den Volksinteressen und einer gerechten Beurteilung der Sachverhalte und Umstände von Straftaten genoss.

Vor 125 Jahren wurde das Reichsgericht gegründet

Kaiser-, Bourgeois- und Nazi-Machtorgan



Der Giebel der Hauptfassade des früheren Reichsgerichtsgebäudes mit Justitia, links die befreiende Tätigkeit der Justiz, rechts Strafe und Verdammnis versinnbildlichend.

Eine Betonung der Kontinuität ist auch in die jüngste Benennung des Platzes vor dem Gericht nach dessen Präsidenten Simson, der Dimitroff als Namensgeber verdrängte.

Zu den aufsehenerregendsten Verhandlungen gehörte der von öffentlicher Stimmungsmache und persönlicher Einflussnahme des Kriegsministers Karl von Einem begleitete Prozess gegen Karl Liebknecht 1907. Ihm wurde vorgeworfen, mit seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ „hochverräterische Unternehmen“ vorbereitet zu haben. Obwohl der Angeklagte und seine Verteidiger die unhaltbaren Anschuldigungen – die Abschaffung des stehenden Heeres verlangt und zum militärischen Ungehorsam aufgerufen zu haben –, Stück für Stück ad absurdum führten, lau-

tete das Urteil der Richter: ein-einhalb Jahre Haft und Verbot der Broschüre – womit sie das Lob von Reichskanzler Bülow und des Kaisers erwarben.

Im Prozess gegen Richard Scheringer und weitere Reichswehroffiziere, die 1930 aus wirren Motiven heraus mit den Nazis sympathisierten und Putschpläne hegten, vertrauten die Richter des Reichsgerichts dem (eigentlich auf die Anklagebank gehörenden) Zeugen Adolf Hitler, der beteuerte, seine Ziele nur auf legalem Wege erreichen zu wollen, und sie überhörten geflissentlich, dass bei einem Sieg seiner Bewegung auch „Köpfe in den Sandrollen“ werden.

Als Scheringer dann, unter dem Einfluss kommunistischer Mit-häftlinge, die Nazidemagogie durchschaut hatte, sie selbst zu

entlarven begann und damit eine große Popularität erlangte, fand er sich 1932 erneut wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“ vor den Schranken des Reichsgerichts. Dabei ging es um sein Bekenntnis zur legalen (!) KPD. Er wurde zu zweieinhalb Jahren Festungshaft verurteilt.

Der hinter verschlossenen Türen 1931 geführte Weltbühnenprozess, der mit der Verurteilung des Autors Walter Kreiser und des Herausgebers Carl von Ossietzky endete, gehört zu den skurrilsten Verfahren. Schon die jahrelange Verzögerung der Anklage zeigt das Dilemma: Einerseits wollte man mit der Ahndung von „militärischem Geheimnisverrat“ und „Staatsverleumdung“ der Presse einen Dämpfer aufsetzen, andererseits den Verstoß des Reiches gegen

die Versailler Rüstungsbeschränkungen (Verbot der Entwicklung von Militärflugzeugen) nicht offenkundig werden lassen. Das Urteil und seine hanebüchene Begründung stießen auf breiten öffentlichen Protest und Sympathiebekundungen für Ossietzky. Zahlreiche weitere Urteile zeu- gen die Begünstigung von Fürsten und Kapitalisten, die Nachsicht gegenüber Kriegsverbrechern, Putschisten und Attentätern sowie die willkürliche Einschränkung politischer und geistiger Freiheiten.

Mit dem Ausgang des Reichstagsbrandprozesses, der den Terror der Nazis legalisieren sollte, ihnen aber durch das entlarvende Auftreten Georgi Dimitroffs zum Desaster geriet, war letztlich auch das Schicksal des Reichsgerichts selbst besiegelt. Mit der Schaffung des Volksgerichtshofes im April 1934, der nur noch bis 1936 formell dem Leipziger Gericht zugeordnet war und der mit größter Rechtlosigkeit und Brutalität jegliche antifaschistische Regierung zu ersticken suchte, rückte das Reichsgericht in die zweite Reihe des terroristischen Justizapparats Nazideutschlands.

• GÜNTER LIPPOLD



Auch ein Stück Rechtsstaat

Der seit mehr als zwei Jahren suspendierte Bürgermeister der Stadt Machern, Ralf Ziermaier (früher CDU), weigert sich auch angesichts offenkundiger schwerer Delikte (siehe „Sachsen-Chronik“), von seinem Amt zurückzutreten. Das spricht zunächst nur für sein persönliches bockbeiniges Festhalten an seiner Pfründe. Aber: Auch ein Amtsenthebungsverfahren wurde bisher von den Volksvertretern des Ortes merkwürdigerweise nicht eingeleitet. Der Grund: Dem Ex-Bürgermeister wären noch fünf Jahre lang üppige Gehaltsansprüche sicher. Da aber die Gemeinde eben durch sein kriminelles Handeln total verschuldet ist, möchte man den Bürgern gern die zusätzliche finanzielle Belastung ersparen. Sowohl die jahrelange Verzögerung des Prozesses als auch die geschilderte absurde Situation sind einigermaßen typisch für die Resistenz von Amtspersonen gegenüber ernsthafter Strafverfolgung und die Narrenfreiheit prominenter Rechtsverletzer in Deutschland und namentlich in Sachsen. Kein Wunder, wenn auf der Regierungsebene – siehe Paunsdorf-Center-Skandal und Sachsenring-Skandal – vorgemacht wird, wie die Aufdeckung und Ahndung gravierender Verstöße gegen geltendes Recht auf alle erdenkliche Weise verhindert wird.

• GÜNTER LIPPOLD

PDS-Fraktionsvorsitzender Peter Porsch zur künftigen Arbeit des sächsischen Landtages:

Mit Faschisten im Landtag offensiv auseinandersetzen

LN. Auf einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche anlässlich der zweitägigen Klausur der PDS-Fraktion erklärte der Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Peter Porsch, im Zusammenhang mit aktuellen Diskussionen über die künftige Arbeit des sächsischen Parlaments u. a.:

Die Auseinandersetzung mit Nazis ist für uns nichts Neues, antifaschistische Politik gehört zum Fundament demokratisch-sozialistischer Politik. Daher werden wir mit den nunmehr auch im Landtag vertretenen Nazis die politische Auseinandersetzung offensiv führen, von formalem Geplänkel und Geschäftsordnungstricks halten wir nichts. Inhaltlich brauchen wir nicht bei Null anzufangen, wir werden im Parlament unsere bisher von einer absoluten CDU-Mehrheit allesamt abgelehnten Anträge zur Bekämpfung neofaschistischer Tendenzen in der Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung bringen und erwarten von den demokratischen Fraktionen, dass sie mit unseren Vorschlägen konstruktiv umgehen. Dazu gehört auch unser Antrag für ein Landesprogramm zur Förderung interkultureller und antirassistischer Projekte. Da soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit junger Menschen einen Nährboden für Desorientierung und Hinwendung zu neofaschistischen Parteien und Gruppierungen bilden, werden wir auch unseren sozialpolitischen Kurs fortsetzen und die entsprechenden

PDS erwartet von demokratischen Fraktionen konstruktive Zusammenarbeit

Milbradt stellt PDS in verfassungsfeindliche Ecke

Tuchföhlung mit Nazis im Plenarsaal wäre Zumutung

Dr. Cornelia Ernst soll Ausländerbeauftragte werden

tischen Fraktionen, dass sie mit unseren Vorschlägen konstruktiv umgehen. Dazu gehört auch unser Antrag für ein Landesprogramm zur Förderung interkultureller und antirassistischer Projekte.

Da soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit junger Menschen einen Nährboden für Desorientierung und Hinwendung zu neofaschistischen Parteien und Gruppierungen bilden, werden wir auch unseren sozialpolitischen Kurs fortsetzen und die entsprechenden

Anträge in den Landtag einbringen.

Ministerpräsident Milbradt hat sich vor und nach der Wahl im Umgang mit den von neofaschistischen Parteien und Gruppierungen ausgehenden Gefahren als der „miserable Politiker“ erwiesen, den sein Vorgänger Biedenkopf in ihm sieht. Milbradt hat in seinem Bürgerbrief mit dem Gerede von den „Radikalen von rechts und links“ versucht, NPD und PDS in einen Topf zu werfen. Nun stellt er die PDS mit der NPD in die verfassungsfeindliche Ecke und verweigert den Meinungs-austausch. Damit spaltet der Ministerpräsident die demokratischen Kräfte in Sachsen. Ich fordere Milbradt auf, unbeschadet politischer Differenzen den Grundkonsens der Demokraten nicht länger aufs Spiel zu setzen.

Es wäre gewiss nicht nur für uns eine Zumutung, im Plenarsaal mit den Nazis auf Tuchfühlung sein zu müssen. Die Nazis gehören an den rechten Rand des Landtags, und zwischen ihnen und den demokrati-

schen Fraktionen sollte ein sichtbarer räumlicher Abstand bestehen. Letzteres gilt auch für die Zuweisung der Fraktionsräume an die NPD.

Gerade angesichts des Einzugs von Nazis ins sächsische Parlament ist es außerordentlich bedauerlich, dass der über die Parteigrenzen anerkannte Ausländerbeauftragte Heiner Sandig dem Landtag nicht mehr angehört und daher nicht mehr in die Funktion des Ausländerbeauftragten gewählt werden kann. Uns ist es aber wichtig, dass das Parlament eines welt-offenen Landes wie Sachsen dem Auftreten einer dumpf-aggressiven ausländerfeindlichen Bewegung energisch und kompetent entgegentritt. Wir schlagen daher als neue Ausländerbeauftragte des Landtags Dr. Cornelia Ernst vor, die sich mit ihrem langjährigen politischen Engagement für in Sachsen lebende Migranten einen Namen gemacht hat und über große Anerkennung bei Menschen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit verfügt.

PDS-Fraktion konstituierte sich

LN. In ihrer konstituierenden Sitzung wählten die Landtags-abgeordneten der sächsischen PDS ihren Fraktionsvorstand. Vorsitzender wurde erneut Prof. Dr. Peter Porsch. Stellvertreter sind Klaus Tischendorf, Caren Lay und Andrea Roth. André Hahn wurde erneut zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt, und Katja Kipping wird als Schatzmeisterin fungieren.

SPD-Landtagsabgeordnete:

„Schwierige Herausforderung der Mitgestaltung annehmen“

LN. Bei einer ersten Zusammenkunft zur Analyse der Ergebnisse der Landtagswahl haben sich die gewählten SPD-Abgeordneten dafür entschieden, die – wie es in einer Erklärung heißt – „schwierige Aufgabe der Mitgestaltung anzunehmen“. Sie erteilten dem Fraktionsvorsitzenden Jurk grünes Licht für Koalitionsver-

handlungen mit der CDU. Die Themen Bildung und Wirtschaft sollen Schwerpunkt der Gespräche sein.

Eine detaillierte Wahlanalyse und die Bestimmung des Verhältnisses zur NPD soll einer Klausurtagung der Fraktion vorbehalten sein. Die Wahl des neuen Fraktionsvorstandes soll Anfang Oktober erfolgen.

Koalitionsgespräche begannen

LN. Vertreter der CDU und der SPD Sachsens begannen am Dienstag Verhandlungen über eine Koalitionsregierung. Neben der Erörterung von Politikhalten steht die Besetzung von vermutlich zwei Ministerposten durch die SPD auf der Tagesordnung. In Frage kämen die Bereiche Kultur und Soziales oder Wirtschaft und Umwelt. Der Landtag konstituiert sich am 19. Oktober.

14. September

Dresden. Die Landesregierung bestätigt, dass ab Januar 2005 sechs Landkreise – Bautzen, Kamenz, Döbeln, Meißen, Döbeln und Muldentalkreis – anstelle der Arbeitsagenturen die Langzeitarbeitslosen in Eigenregie betreuen.

15. September

Leipzig. Nach den Urteilen der OECD-Studie über das deutsche Schulsystem fordern Politiker der PDS, der SPD und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Sachsen die Abschaffung des gegenwärtigen dreigliedrigen Schulsystems und den Übergang zur Einheits-schule bis zur 8. oder 10. Klasse.

Riesa. Der Verfassungsschutz gibt die eine Woche zuvor im NPD-Verlag „Deutsche Stimme“ beschlagnahmten CDs nazistischen Inhalts wieder frei.

16. September

Dresden. Sachsens Grüne erstatten Strafanzeige gegen CDU-Generalsekretär Winkler wegen des Verdachts übler Nachrede und Beleidigung. Winkler hatte in einer Zeitungsanzeige zur

Landtagswahl vor „rot-grün-braunem Chaos“ gewarnt.

19. September

Dresden. Bei den Landtagswahlen verliert die CDU mit 41,1 Prozent der gültigen Stimmen (1999: 56,9) und 55 Mandaten (76) ihre absolute Mehrheit. Die PDS erreicht 23,6 Prozent (22,2) und 31 Sitze (30), die SPD 9,8 Prozent (10,7) und 13 Sitze (14). In den Landtag ziehen auch FDP (5,9/7), Grüne (5,1/6) und NPD (9,2/12) ein. (Siehe auch Seite 3).

20. September

Borna. Nachdem der Kreistag Leipziger Land und das Regierungspräsidium Leipzig einem neuen Haustarifvertrag mit Lohnkürzungen für die Kreisverwaltung ihre Zustimmung versagt haben, beschließt eine Mehrheit des Kreistages ge-

gen die Stimmen der PDS und bei Enthaltung der SPD eine geringfügig veränderte Fassung. Laut Ver.di widersprechen die Regelungen in wesentlichen Punkten nach wie vor dem gültigen Tarifrecht.

21. September

Berlin. In Sachsen sind trotz des Ausbildungspaktes noch 16.260 Schulabgänger ohne Lehrstelle.

23. September

Leipzig. Vor dem Landgericht beginnt der Prozess gegen den seit 2002 beurlaubten Bürgermeister von Machern, Ziermaier, wegen Untreue im Amt in sieben Fällen und schwerer Untreue in zwei Fällen mit einem Schaden von 2,3 Millionen Euro.

24. September

Hamburg. Die Pressekommission des Land-

gerichts entscheidet: Die Medien dürfen nicht länger behaupten, Prof. Peter Porsch sei wesentlich ehrenamtlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR gewesen. Die vorliegenden Unterlagen reichten dafür nicht aus.

Heuersdorf. Die vom Abriss bedrohte Gemeinde Heuersdorf will weiter juristisch für ihren Erhalt streiten. Der Gemeinderat erklärte, das vom Landtag beschlossene Heuersdorfgesetz sei nicht verfassungsgemäß.

Leipzig. Pfarrer Wolff fordert Oberbürgermeister Tiefensee auf, den SPD-Landesvorsitz zu übernehmen, um bei den nächsten Wahlen als Ministerpräsident zu kandidieren.

25. September

Bad Schandau. Der Chef des Tourismusverbandes der Sächsischen Schweiz, Klaus Brähmig, kündigt als Schlussfolgerung aus dem Einzug der NPD in den Landtag und dem demonstrativen Fernbleiben zahlreicher Urlauber eine „konzertierte Aktion“ gegen den Rechtsextremismus an.

SACHSEN-CHRONIK

14. bis 27. September

Der Jahrhundertkonflikt zwischen Russland und Tschetschenien

Die Terroristen, die die Schule in der nordossetischen Stadt Beslan überfielen, werden meist summarisch als Tschetschenen bezeichnet. Doch die Dinge sind komplizierter. Neuere offizielle Mitteilungen verweisen bei den Geiselnehmern auf Osseten, Inguschen, Tschetschenen, Araber und auch Russen. Die Reihenfolge gibt ebenso zu denken wie der abscheuliche Fakt an sich. Die russischen Behörden können kaum länger an der Fiktion festhalten, dass die Probleme in und um den Nordkaukasus sich einzig und allein auf Tschetschenien reduzieren. Diese Darstellung wird von den meisten westlichen Medien und Beobachtern ebenso unkritisch übernommen, kolportiert und auch strapaziert wie die Versuche der russischen Behörden, die Heterogenität der Gruppierungen im Lager der Rebellen zu übersehen und durch deren pauschale Gleichsetzung mit Terroristen den gesamten Widerstand der Kaukasusvölker zu diskreditieren. In der ethnisch bunt durchmischten nordkaukasischen Region mit fast hundert Völkerschaften hat sich – angefangen mit einer grausamen russischen Kolonisierung vor mehr als zwei Jahrhunderten – ein großes Konfliktpotenzial angehäuft. Die hier vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Deportationen und anschließenden Rücksiedlungen vieler Völkerschaften führten nach den Kriegsjahren zu Gebietsansprüchen und Forderungen nach Grenzrevisionen in dieser Region. Gegen Ende der Perestroika gründeten sich hier verschiedene nationale Bewegungen, die eine reale Autonomie innerhalb der sowjetischen Russischen Föderation zum Ziel hatten. Um ihre Interessen gegenüber der Sowjetmacht wirkungsvoller zu vertreten, schlossen sich die nationalen Bewegungen dieser Völkerschaften bereits 1989 in der Konföderation der Kaukasischen Bergvölker – später Konföderation der Kaukasusvölker – zusammen. Innerhalb dieser Konföderation strebte ein radikaler Teil nach einem unabhängigen Staat zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer. Der gemäßigte Teil wollte eine Kaukasische Bergrepublik gründen, die mit Russland ein Assoziierungsabkommen oder einen Konföderationsvertrag schließen sollte. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR führten die ethnischen sowie Grenzstreitigkeiten zu teilweise bewaffneten Zusammenstößen zwischen halblegalen paramilitärischen Milizen verschiedener nationaler Bewegungen. Das damals 800 000 Einwohner zählende Tschetschenien erklärte 1991 unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einseitig seine Unabhängigkeit von Russland. Hätte Tschetschenien innerhalb der UdSSR den Status einer der 15 Sowjetrepubliken gehabt – wie Georgien, Armenien, die Ukraine oder die baltischen Republiken –, so hätte sich Russland höchstwahrscheinlich kaum ernsthaft gegen die Unabhängigkeit des kleinen Tschetschenien gesperrt. Tschetschenien – halb so groß wie die Schweiz – war aber zu Sowjetzeiten Bestandteil der Russischen Föderativen Republik, und von dieser wollte der damalige erste postsowjetische Präsident Jelzin auf keinen Fall eine Abspaltung zulassen. Er berief den Tschetschenen Dschochar Dudajew, den damaligen tschetschenischen General der sowjetischen Luftwaffe, zum neuen Präsidenten Tschetscheniens. Dieser aber erklärte bereits im Oktober

Das Blutbad von Beslan

Beweggründe und Lehren

VON PROF. DR.
SARKIS LATCHINIAN

1991 die Unabhängigkeit Tschetscheniens. Jelzin, der nach der Abspaltung der früheren Sowjetrepubliken Präsident der Russischen Föderation wurde, lehnte zwar die proklamierte Unabhängigkeit Tschetscheniens ab, verzichtete zunächst aber auf eine gewaltsame Intervention. Diese sollte erst später, Ende Dezember 1994, stattfinden.

Jelzins Krieg gegen Tschetschenien geriet zum Fiasko. Zehntausende Zivilisten kamen ums Leben. Die russische Armee erlitt schwere Verluste im Kampf gegen die tschetschenische Guerilla, was auch in Russland selbst politisch heftige Proteste auslöste. Jelzin wurde gezwungen, mit den tschetschenischen Separatisten im Sommer 1996 einen Waffenstillstand zu schließen, der durch seinen Sicherheitsberater, den populären Ex-General Alexander Lebed, ausgehandelt wurde. Eine endgültige Einigung über den politischen Status von Tschetschenien wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. De facto aber wurde Tschetschenien damals politisch weitgehend unabhängig. Im Januar 1997 wurde der gemäßigte Nationalist Aslan Maschadow in einer ziemlich korrekt durchgeführten Wahl zum tschetschenischen Präsidenten gewählt.

Aber die in Tschetschenien Macht ausübenden und miteinander rivalisierenden Warlords und Clans verspielten mutwillig die nach 1996 faktisch bestehende Unabhängigkeit von Russland – nicht ohne dessen Mitwirkung. Statt für den Aufbau eines funktionstüchtigen Staatswesens zu arbeiten, konzentrierten sich die tschetschenischen Warlords und aus dem Ausland infiltrierte islamistische Gotteskrieger darauf, die Autorität ihres gewählten Präsidenten Maschadow zu zerstören. Tschetschenien versank immer tiefer in einem Sumpf von Anarchie, Clanfehden, Banditentum und skrupellosen Geiseltgeschäften. Als Höhepunkt dieser Kette von aggressiven Handlungen überfiel im Sommer 1999 ein tschetschenisches Guerillakommando unter Führung des islamischen Extremisten Schamil Bassajew die zur Russischen Föderation gehörende Nachbarrepublik Dagestan. Es folgten mehrere Bombenanschläge gegen Wohnhäuser in russischen Städten mit Hunderten von Toten. Der politisch angeschlagene und kränkelnde Präsident Jelzin setzte daraufhin seinen Geheimdienstchef Wladimir Putin zum neuen Ministerpräsidenten Russlands ein. Dieser machte sich in der tief verunsicherten russischen Öffentlichkeit schlagartig populär mit seiner Entscheidung, militärisch in Tschetschenien einzugreifen. Denn die Mehrheit der Russen war überzeugt, dass hinter den mörderischen Attentaten in russischen Städten nur tschetschenische Terroristen stünden. Wenige Monate später, im Frühjahr 2000, wurde Putin überlegen zum Präsidenten Russlands gewählt.

Der zweite Tschetschenienkrieg dauert mittlerweile fünf Jahre an. Eine Lösung des Konflikts ist aber noch nicht absehbar. Der von diesem Krebsgeschwür ge-

nährte Terror wütet schlimmer denn je. Seit Jahren ist Russland zum Schauplatz verheerender Terroranschläge geworden. Eine neue Welle der Gewalt, hinter der wieder der oben genannte Bassajew steht, überzieht das Land, seitdem Ende August 2004 Selbstmordattentäter zwei russische Passagierflugzeuge zum Absturz brachten und kurz darauf ein Anschlag auf eine Metrostation in Moskau verübt wurde. Doch das Geiseldrama von Beslan übertraf an Unmenschlichkeit und Grausamkeit alles Bisherige.

Die Tragödie von Beslan, ihre Täter und deren Beweggründe

Dieses Massaker schockiert nicht nur wegen der hohen Zahl der bislang mit über 500 angegebenen Todesopfer, von denen mehr als die Hälfte Kinder sind. Angst und Sprachlosigkeit ruft vor allem die unvergleichliche Kältherzigkeit und Brutalität hervor, mit denen die Mörder gegen völlig unschuldige Kinder vorgegangen sind. Offenbar versuchen Terroristen sich heutzutage mit immer grausameren und abscheulicheren Bildern möglichst medienwirksam in Szene zu setzen. Ihre Angriffe richten sich zunehmend gegen sogenannte weiche Ziele. Der Tod von Hunderten Zivilisten wird dabei nicht nur in Kauf genommen, er wird vielmehr beabsichtigt. Es steht fest, dass die Geiselnahmer von Beslan das gleiche Ziel hatten wie die Attentäter von New York, Madrid und Bali. Sie wollten nicht um Sympathie für ihre „Sache“ werben, sondern mit der Tötung vieler Menschen möglichst großes Entsetzen auslösen. Rache und Einschaltquoten sind, so zeigen die Ereignisse von Beslan, den Terroristen inzwischen wichtiger geworden als Sympathie für vielleicht gerechte politische Ziele.

Nichts rechtfertigt oder entschuldigt gar eine Untat wie die in Beslan. Dennoch kommt man nicht umhin, ja das Geschehen verpflichtet uns geradezu, die Frage nach möglichen „Beweggründen“ der Geiselnahmer und nach deren Hintergründen zu stellen.

1. Russlands Präsident Putin bezeichnete den Überfall in Beslan als einen Akt des internationalen Terrorismus und erklärte, er verhandle nicht mit „Kindermördern“. Putin wirft die Separatisten im Nordkaukasus gern in einen Topf mit den islamistischen Al-Kaida-Extremisten. Damit suggeriert er eine Allianz zwischen ihnen. Offenbar ist Al-

Kaida auch im Nordkaukasus präsent. Es ist auch wahr, dass es seit langem Verbindungen zwischen Gruppierungen des islamischen Terrors und tschetschenischen Abteilungen gibt. Bereits 1989, als sich die sowjetische Armee aus Afghanistan zurückzog, sickerten „Afghanen“ in die südlichen Sowjetrepubliken ein. Höchst fraglich ist dennoch die These, dass die Hintermänner des Terrors in und um Tschetschenien wirklich bei Al-Kaida zu suchen sind. Russland versucht mit dieser These, die eigene Bevölkerung und die westlichen Staaten – nicht ohne wachsenden Erfolg – von der Notwendigkeit der „Antiterroroperationen“ in Tschetschenien zu überzeugen.

2. Russland ist nicht gewillt, dass in dieser Region, die es seit zwei Jahrhunderten kontrolliert, seine Vorherrschaft durch Separatisten und Terroristen in Frage gestellt wird. Hinzu kommt, dass seit 1993 das Interesse an den Pipelineprojekten für den Export des Kaspischen Öls nach den Weltmärkten zur Einmischung ausländischer Akteure in den russisch-tschetschenischen Konflikt geführt hat und sich ein Teil der Unabhängigkeitskämpfer Tschetscheniens mit militanten Islamisten verbündete.

3. Die lang gehegte Zielsetzung des Westens – und vor allem der USA –, die südkaukasischen Staaten Aserbaidschan, Armenien und Georgien sowie den Nordkaukasus dem russischen Einflussbereich zu entziehen, spielt bei der gegenwärtigen hoch explosiven Krisenentwicklung nach dem Geiseldrama von Beslan im Nordkaukasus eine ständig wachsende Rolle. So ist es den USA innerhalb der kurzen Zeit seit dem 11. September 2001 gelungen, ihre militärische Präsenz in Zentralasien und im Kaukasus – insbesondere in Aserbaidschan und Georgien – zu etablieren. Die Ereignisse des 11. September haben beschleunigt, was sich bereits in den zehn Jahren davor – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – angebahnt hat: das Schwinden des russischen Einflusses in dieser Region und parallel dazu die Ankunft der neuen Hypermacht USA. Als Putin im Jahre 2000 Präsident wurde, verknüpfte das russische Volk mit ihm die Hoffnung, er könnte den verloren gegangenen russischen Einfluss in der Welt und speziell in der Kaukasus-Region zurückgewinnen. Das russische Militär hoffte seinerseits, die tschetschenische Widerstandsbewegung zerschlagen und den russischen Einfluss im südlichen Kaukasus stärken zu können, was dann auch in Zentralasien Wirkungen haben würde. Doch der Krieg in Afghanistan machte diese Hoffnungen des russischen Militärs zunichte, weil er das US-amerikanische Militär in die Region gebracht hat.

4. Seit der USA-Präsenz in Zentralasien und im Kaukasus herrscht in der Strategie Putins die Einsicht, dass sich die Interessen Russlands in der Welt und in Sonderheit im Kaukasus und in Zentralasien besser in Kooperation mit den USA durchsetzen lassen würden als in kritischer Abwehrhaltung gegen sie. Putin wurde in dieser seiner Politik durch



Fortsetzung auf Seite 8

Herzlichen Dank unseren Wählerinnen und Wählern

Sozial, mit aller Kraft.



Cornelia Falken



Dr. Barbara Höll



Dr. Volker Külöw



Dr. Dietmar Pellmann



Sebastian Scheel



Heike Werner

**Sechs Leipziger in der PDS-Fraktion
des 4. Sächsischen Landtages.**

Wir stehen zu unserem Wort



Kuba im Kalten Krieg

Cuba si ruft zu verstärkter Solidarität auf

Am Wahlwochenende in Sachsen und Brandenburg fand auf Einladung von Cuba si Berlin das bundesweite Treffen der Regionalgruppen bei Berlin statt. Im Zentrum der Beratungen stand die verschärfte anti-cubanische Politik der USA und der EU einschließlich der BRD. So wurden seitens der USA die Ausreisemöglichkeiten sowie Geld- und Pakettransfers für dort lebende Kubaner drastisch verschlechtert, wogegen selbst

die Gattin des Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei, Teresa Heinz-Kerry, mit Betroffenen in Miami öffentlich protestierte. Dies ist nur ein winziger Teil des umfangreichen „Maßnahmekataloges“ der US-Regierung für einen „friedlichen“ Übergang. Die Bundesregierung hat ihre Anbiederung an Washington unterstrichen, indem sie es ablehnte, Gastland zur Internationalen Buchmesse Havanna zu sein. Das Büro

Buchmesse Havanna beim Netzwerk Cuba e. V. gewann als „Blockadebrecher“ 35 deutsche und zwei Schweizer Verlage für die private Beteiligung – ein Rekord. Auch Verlage aus Spanien, England und Italien nahmen teil und widersetzten sich dem EU-Boykottbeschluss. Der erste Besucher am deutschen Stand war übrigens der BRD-Botschafter Dr. Wulffen, was im Grunde die klägliche und peinliche Niederlage der rotgrü-

nen Weltverbesserer hübsch unterstreicht ...

Kuba hat aktuell noch mit wesentlich schlimmeren Dingen zu kämpfen, um die Grundversorgung einigermaßen zu sichern. Die Hurricane haben dank großer Evakuierungen keine Todesopfer, aber Schäden in Milliardenhöhe in der Wirtschaft und am Wohnungsbestand verursacht. Außerdem hat ganz Kuba unter einer rekordverdächtigen Dürre zu leiden, besonders in den Ostprovinzen, wo es teilweise 20 Monate nicht geregnet hat. Dies hatte schwerwiegende Folgen für die Lebensmittelproduktion. Cuba si ruft deshalb zu verstärkter So-

lidarität auf. Konkret geht es darum, zusätzliche Finanzmittel für die Reparatur beschädigter Milchanlagen im Gebiet Havanna Land aufzubringen. Dafür gelten die bisherigen Projekt-Bankverbindungen. Dazu muss man wissen, dass die EU ihre bescheidene Entwicklungshilfe in Höhe von 10 Mill. Euro jährlich eingestellt hat, wodurch die Nichtregierungsorganisationen mit ihren Landwirtschaftsprojekten für die Bevölkerung massiv behindert werden. Eine neue Seite im kalten Wirtschaftskrieg auf dem Rücken der Normalbürger wurde aufgeschlagen.

• JOACHIM SPITZNER

Fortsetzung von Seite 7

das erklärte Verständnis der US-amerikanischen Führung für seinen Vernichtungskrieg gegen die Separatisten in Tschetschenien bestärkt. Der 11. September bot Putin eine günstige Gelegenheit, im Bündnis mit den USA den Tschetschenienkrieg als Teil des gemeinsamen Antiterrorkampfes zu deklarieren und damit zugleich das internationale Ansehen Russlands zu mehren. Dieser Schulterschluss mit den USA ist geeignet, all jenen eine Abfuhr zu erteilen, die trotz gemeinsamer Terrorabwehr nicht bereit sind, auf Grundsatzkritik an der russischen Tschetschenienpolitik zu verzichten. Bundeskanzler Schröder hat sich jedoch in seiner Tschetschenienpolitik nach dem Geiseldrama von Beslan nahezu bedingungslos die Sichtweise des Präsidenten Putin zu eigen gemacht. Aus Anlass der neuerlichen Haushaltsdebatte des Bundestages wiederholte er fast wörtlich eine Formulierung Putins und sagte, mit denjenigen, die Verantwortung für die Ermordung von Kindern trügen, könne es keine Verhandlungen über eine politische Lösung des Tschetschenien-Konflikts geben. Als eine wichtige Bedingung für einen politischen Dialog über die Zukunft Tschetscheniens nannte Bundeskanzler Schröder den Erhalt der territo-

rialen Integrität Russlands. Diese sei das vorrangige Interesse Deutschlands, da eine Destabilisierung Russlands auch eine Destabilisierung Europas nach sich zöge. Schon vor dem Geiseldrama von Beslan hatte sich Schröder jeder Kritik an der russischen Nationalitätenpolitik enthalten. So vermochte er keine Unregelmäßigkeiten bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Tschetschenien zu erkennen. Die CDU-Vorsitzende Merkel warf dem Kanzler vor, bei der Bekämpfung des Terrorismus mit zweierlei Maß zu messen. Bei Streitfragen mit den USA etwa zum Irak betone der Kanzler stets, dass unter Freunden Kritik möglich sein müsse. Zur russischen Tschetschenienpolitik hingegen finde er kein kritisches Wort.

5. Die von Präsident Putin vorgenommene Eingliederung Russlands in die Front des internationalen Antiterrorkampfes hat gleichermaßen auch eine wichtige innenpolitische Funktion: Sie soll die Kritik all jener Kräfte in Russland selbst neutralisieren, die Putins Hinwendung zum Westen als „Verrat“ gegenüber den nationalen Interessen des Landes brandmarken oder ihr zumindest abwartend bis skeptisch gegenüberstehen. Dazu zählen das Militär und der Militär-Industrie-Komplex, weite Teile der Sicherheitsorgane, bestimmte Kreise des außenpolitischen Establishments aus Mi-

nisterien und Expertengruppen sowie die national-patriotisch ausgerichtete KP der russischen Föderation. Für sie alle bedeutet diese Politik Putins eine Preisgabe von für Russlands Sicherheit und internationalen Einfluss lebenswichtigen Positionen. Dazu zählen unter anderem: die Hinnahme des NATO-Beitritts der baltischen Staaten, das Akzeptieren der Liquidierung des ABM-Vertrages als Eckpfeiler der strategischen Stabilität, die Öffnung des russischen Luftraums für Flüge der USA nach Zentralasien sowie die Duldung des militärischen Engagements der USA in Zentralasien und im Kaukasus, wo Russland seine frühere Position als alleiniger sicherheitspolitischer Akteur einbüßte.

Erste Konsequenzen für Russlands Kaukasuspolitik

Wachsende Interessengegensätze sowie Konkurrenzerscheinungen innerhalb der russischen Administration verhindern bislang eine einheitliche russische Konzeption gegenüber dem kaukasischen Raum. Dazu zählen sowohl Konflikte zwischen wirtschaftlichen Interessengruppen (besonders innerhalb des Öl- und Gasgeschäfts und der Rüstungsindustrie) als auch zwischen dem föderalen Zentrum und den Föderationssubjekten Russlands. Präsident Putin räumte nach den

Ereignissen von Beslan Schwächen im russischen Sicherheitsapparat und im Antiterrorkampf ein. Aber nach wie vor scheint er zu glauben, das Problem ließe sich allein mit härterem, effektiverem Durchgreifen lösen. Doch wer nur die Sprache der Gewalt kennt, findet keinen Ausweg aus dem kaukasischen Teufelskreis. Auch Russland hat die Flammen des Terrorismus genährt, so dass in der Region längst ein verheerender Flächenbrand droht. So ist Beslan nicht nur Beweis für einen alle Grenzen sprengenden Terrorismus. Beslan steht auch symbolisch für das Scheitern der Politik der harten Hand von Präsident Putin. Ohne Rückkehr zum Verhandlungstisch, ohne ein tragfähiges politisches Konzept für die gesamte Kaukasusregion, ohne wirtschaftlichen Wiederaufbau und nicht zuletzt ohne eine lebenswerte friedliche Perspektive für die Tschetschenen, Osseten, Inguschen u. a. im russischen Vielvölkerstaat drohen weitere Beslans. Nicht neue Präventivkriege à la Bush und nicht präventive Schläge gegen „Terrorlager, egal in welcher Region der Erde“, wie sie Putin und sein Stabschef der Armee in Aussicht stellten, eignen sich für eine Lösung des Jahrhundertkonflikts. Notwendig ist vielmehr der konstruktive Dialog der russischen Regierung mit gemäßigten Kräften in der betroffenen Region.

Johann Gottfried Herder sah in seinem „Journal meiner Reise im Jahr 1769“ dieses bei uns inzwischen weitgehend unbekannte Land so: „Die Ukraine wird ein neues Griechenland werden; der schöne Himmel dieses Volks, ihr lustiges Wesen, ihre musikalische Natur, ihr fruchtbares Land usw. werden einmal aufwachen; aus so vielen kleinen wilden Völkern, wie es die Griechen auch vormals waren, wird eine gesittete Nation werden; ihre Grenzen werden sich bis zum Schwarzen Meer hin erstrecken und von dahinaus durch die Welt.“ Er selbst war nie in der Ukraine, auch nicht in Griechenland, obwohl sich natürlich in der Ukraine mühelos griechische Spuren finden lassen, etwa in Tyras, dem späteren Akkerman (heute Belgorod-Dnestrowski) mit seiner achtungsgebietenden, weitgehend erhaltenen Festung.

Wir wollten Genaueres über Herders „neues Griechenland“ wissen, den seit 1991 existierenden Staat Ukraine. Deshalb also unternahmen wir eine Fahrt auf dem 1988 in den damaligen VEB Elbeverwerteten Boitzenburg/Roßlau gebauten Schiff „Marschall Koschewoi“ (der Namensgeber war übrigens einige Zeit Chef der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR). Man hätte fast nostalgisch werden können über soviel eigene Vergangenheit, aber wir waren weit und breit unter rund 300 Fahrgästen (Dänen, Schweden, Japaner, Franzosen, Amerikaner, Türken und Russen und natürlich Deutschen) die einzigen Ostdeutschen.

Die Fahrt ging von Kiew, der „Mutter der russischen Städte“, auf dem heiligen Fluß der Ukrainer, dem Dnepr, über Kaniw, den Beerdigungsort des Nationaldichters Taras Schewtschenko, Kremenschug, Saporoschje mit dem berühmten Wasserkraftwerk Dneproges und der legendenumwobenen Kosakeninsel Chotritza, dem Sitz der einst so mächtigen kosakischen Sitsch, bis Cherson am Dneprdelta und dem nun offenen, von Russland auf (vorläufig) 20 Jahre gepachteten Kriegshafen Sewastopol. Dann fuhren wir bei herrlichem Sonnenschein an der südlichen Krimküste entlang bis zu dem berühmten Kurort Jalta, wo einst Weltpolitik gemacht wurde: von Stalin, Roosevelt und Churchill 1944 und später dann von den KPdSU-Generalsekretären mit ihren ost- und südosteuropäischen „Partnern“ in der Nachkriegsära; den Abschluss fand die Tour in der Millionenstadt Odessa mit ihrer Urbanität und Lebhaftigkeit.

Natürlich geben 13 Reisetage nur punktuelle Einblicke in ein Land, das heute von der Bevölkerungszahl her an 6. Stelle in Europa steht. Selbst wenn man, wie der Verfasser dieser Zeilen, in den siebziger Jahren mehrfach in der Ukraine weilen und arbeiten konnte und in Kiew, der Stadt der Kastanienbäume, weilen durfte, muss es zwangsläufig nur bei Wahrnehmungen und Annäherungen bleiben, selbst wenn Russisch-Kenntnisse Gespräche mit vielen Einwohnern ermöglichten und Zeitungslektüre ein Übriges zur Vertiefung bestimmter Eindrücke tat. Und so will ich als Augen- und Ohrenzeuge Eindrücke darüber vermitteln, was sich aus meiner Sicht in der einstigen Sowjetrepublik auffällig verändert hat.

Sicher, alle sind stolz, nun Bürger eines selbständigen Staates zu sein, nachdem man bereits innerhalb der UdSSR (gemeinsam mit Belarus) das Privileg besaß, Mitglied der UNO seit der Gründung zu sein. Der 12. Jahrestag

der Unabhängigkeit am 24. August wurde deshalb mit militärischem Zeremoniell und einigem Pomp begangen – man kennt das: Wer nichts hat, macht Paraden.

Die Kluft zwischen dem ukrainischen Normalbürger und den „neuen superreichen Ukrainern“ wird immer größer; Sparkonten hat im einfachen Volk kaum noch jemand. Die Bestrebungen, im Ausland zu arbeiten, zu beliebigen Konditionen (die immer noch besser sind als zu Hause) sind groß. Und so arbeiten Ukrainer in Portugal in den Salinen, Hochschulabsolventen putzen in Italien oder verdingen sich zu beliebigen Bedingungen als Gastarbeiter in Polen oder Russland (die wiederum gehen gen

tärbündnis gegen Polen herbeiführte, gilt zwar nach wie vor als bedeutende Persönlichkeit, gleichzeitig aber hält man ihn wegen der „Wiedervereinigung“ (übrigens ein bekannter Begriff!) für einen „Verräter“. Umgekehrt erfährt der Kosakenhetman Maepa, der von der Seite Peters I. in der Schlacht von Poltawa zum schwedischen König übergetreten war, eine bedeutende historische Aufwertung als Kämpfer für die Unabhängigkeit eines Staates, den es damals noch gar nicht gab. Ganz zu schweigen von kurzfristigen Versuchen einer Eigenstaatlichkeit in den Revolutionsjahren 1918–1920, die enorm aufgewertet werden mit einem deutlich auf den Fremdenverkehr zielenden, zumeist folkloristi-

Meinung sein, aber es gibt eben immer noch in Odessa eine Ehrenwache von Schülern am Denkmal für die gefallenen Soldaten.

Nationale Erinnerung, nationale Besinnung heißt aber auch sorgfältige Pflege der nationalen Gedenkstätten, vor allem wenn es um den Nationaldichter Taras Schewtschenko geht. Aber auch Erinnerungsstätten an russische Schriftsteller wie Michail Bulgakow im Haus der Andreas-Stiege, an Tschechow in Jalta oder sogar an den Kinderbuchautor Arkadij Gaidar in Kaniew (der dort in der Nähe im Zweiten Weltkrieg gefallen ist) werden sorgfältig bewahrt; unzählige Gedenktafeln zur Erinnerung an Alexander Puschkin, Nikolai Gogol, Wis-

Dreizehn Tage in der Ukraine (I)

Annäherung an ein bei uns weithin unbekanntes Land / Von Erhard Hexelschneider

Westen!). Dennoch: Zurück in eine Sowjetunion unter russischer Führung will nach meinen Beobachtungen dennoch kaum jemand (obwohl es sicherlich auch solche Kräfte gibt) – zu stark wirken die früheren Russifizierungstendenzen seit dem Zaren und unter der Sowjetmacht nach, die jede nationalukrainische Äußerung rasch als Nationalismus diskreditierte.

Nun aber schlägt das Pendel um, wie immer in solchen Situationen. Nationalbewusstsein wird offen zur Schau getragen. Natürlich ist Ukrainisch die Staatssprache und alle Versuche der großen russischen Minderheit (mit kompakten Siedlungsgruppen auf der Krim, in Sewastopol und Odessa, aber auch in Kiew), Russisch gleichberechtigt als Staatssprache zu etablieren, sind bislang gescheitert, haben aber wohl auch kaum eine Chance. Im Alltag jedoch dominiert in den von mir gesehenen Städten Russisch. Aber die nationale Geschichte wird neu geschrieben. Aus der Kiewer Rus, der Keimzelle Russlands, der Ukraine und Belorusslands, die früher ebenso einseitig als Keimzelle des russischen und später Moskauer Staates angesehen wurde, wird jetzt die Wiege des ukrainischen Staates, vor allem (was sogar viel für sich hat!) in Gestalt des Galizisch-Wolhynischen Fürstentums. Die Rolle des Kosakenhetman Bogdan Chmelnitzki, dessen Denkmal vor der Sophienkathedrale in Kiew steht und der die „Wiedervereinigung“ (wie es in der sowjetischen Historiographie hieß) der Ukraine mit Russland über ein Mili-

schon Zug, die Geschichte der Kosaken und das Kosakentum selbst wieder zu beleben.

Aus dieser Haltung resultiert die betonte offizielle Abkehr von allem Sowjetischen; die Geschichte der Ukrainischen Sowjetrepublik fällt aus der offiziellen Geschichtsschreibung heraus. Aus dem früheren Kiewer Platz der Oktoberrevolution wurde der Platz der Unabhängigkeit; das dort früher platzierte Lenin-Denkmal musste einer nicht weniger scheußlichen Ukraina-Stele weichen und das Hotel „Moskau“ wurde natürlich in Hotel „Ukraina“ umbenannt. Freilich, so ganz bilderstürmerisch wie hierzulande ging man mit Lenin-Denkmalern und Straßennamen auch nicht um. Anton Tschechows Landsitz in Jalta befindet sich immer noch in der Kirow-Straße 112. Saporoschje, Sewastopol, Jalta und Odessa haben ihre Denkmäler und Straßennamen sozialistischer Vergangenheit beibehalten, vielleicht nicht so sehr aus Nostalgie als vielmehr aus Geldmangel, denn jede Umbenennung und jeder Abriss kostet ja Geld – das aber hat der Staat überhaupt nicht. Andere Dinge drängen mehr. Aber unbedingt – und das freilich gehört zum festen Bestandteil des Geschichtsbildes der neuen Ukraine – erhalten geblieben sind alle Denkmäler, ist alles Gedenken an den Befreiungskampf im Zweiten Weltkrieg gegen den beutegierigen Faschismus – die Ukraine ist wirklich blutgetränkt. Sicher, da kann man unterschiedlicher

sarion Belinski, Wladimir Majakowski oder Maxim Gorki sind – allem Nationalismus zum Trotz – geblieben. Vor allem aber wird alles darauf gesetzt, die Architektur der alten Kiewer Rus beispielhaft zu rekonstruieren. Die Sophienkathedrale und das Höhlenkloster in Kiew sowieso, dort aber eben auch die Andreaskirche wie überhaupt viel Kirchen landauf, landab. So wurde das Michaelskloster (in Sichtachse zur Sophienkathedrale) prächtig wiederaufgebaut, das einstmals in den dreißiger Jahren dem Gebäude des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine durch Abriß weichen musste (der Ausländer wusste davon nichts!). Auch das in diesem Zusammenhang abgerissene Denkmal für die Fürstin Olga, die einen großen Anteil an der Christianisierung der Kiewer Rus hatte, wurde bei dieser Gelegenheit wieder errichtet, aus Cararmarmor, der aber dem Vernehmen nach noch nicht bezahlt worden ist. Das alles führt dazu, dass man 20 Jahre später in Kiew gewisse Orientierungsprobleme hat.

Natürlich betrifft das nicht die Hauptstraße, den kastanienbestückten Chrestschatik, der inzwischen in Warenangebot und Habitus völlig verwestlicht ist. Er ist belebt wie eh und je, ein Café und ein Geschäft neben dem anderen, alle Weltmarken sind wie auch hierzulande vertreten. Ukrainisches muss man mit der Lupe suchen und aufspüren. Man erzählt, dass hier und vor allem in anderen großen Wohnhäusern des Zentrums die Neureichen das Sagen haben – ganze Häuser oder doch wenigstens Etagen werden „leergewohnt“, um so Platz für einen luxuriösen Lebenswandel zu gewinnen. Und das einfache Volk? Rente: 150 Griwna im Durchschnitt, wobei 1 Euro etwa 6,3 bis 6,6 Griwna beträgt. Wen wundert es, wenn Supermärkte voller Waren, aber zur besten Einkaufszeit im Stadtzentrum weitgehend leer sind? Wenn das Volk sich auf den Märkten drängt und in Odessa der Markt am 7. Kilometer einen fast legendären Ruf besitzt, weil man hier ausländische Waren (Textilien, Elektronik usw.) aus der Hand fremder Händler und inländischer Zwischenverkäufer preisgünstiger als anderswo kaufen kann. Die inländischen Waren wurden ja auch früher nicht so sehr geschätzt ...



Ein spontaner Frauenchor

Foto: Hexelschneider

Fortsetzung und Schluss in der folgenden Ausgabe

Der Untergang – ein fataler Film

Nun also werden die Deutschen, was sage ich, wird die Welt darüber aufgeklärt, wie Hitler und seine Paladine das Ende des „Dritten Reichs“ in ihrer unterirdischen Reichskanzlei-Höhle erlebten. „Erfolgsproduzent Bernd Eichinger“ bringe mit seinem Film *Der Untergang* „das wichtigste Kapitel deutscher Geschichte auf die Kinoleinwand“, verkündet der *CineStar* und nicht wenige Kritiker überschlagen sich in ihren Lobeshymnen für dieses Produkt der deutschen Filmindustrie. Vor allem eines heben sie unisono hervor: den neuen Hitler (gespielt von Bruno Ganz), der nun nicht mehr nur als ein Wahnsinniger, als ein Irrer, sondern auch mit seinen „menschlichen Zügen“ gezeigt würde. Wie lieb er doch mit Kindern und wie höflich und besorgt er mit seiner Sekretärin und den anderen weiblichen Angestellten im Bunker umgeht – „Erfolgsproduzent“ und Drehbuchschreiber Bernd Eichinger will eben den ganzen „Führer“ zeigen. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Eichinger will Hitler nichts von seiner Schuld nehmen, will seine Verbrechen nicht verkleinern. Und dennoch bleibt bei dieser Sicht auf den verbrecherischen Diktator mehr als ein fataler Eindruck zurück, gerade in einer Zeit, da neonazistisches Gedankengut in Teilen des Volkes, nicht zuletzt in der Jugend, an Boden gewinnt.

Die Darstellung der letzten Tage Hitlers und die Sicht des Films auf ihn werden von dem gleichnamigen Buch des konservativen Publizisten Joachim Fest und den Erinnerungen der Hitler-Sekretärin Traudl Junge „Bis zur letzten Stunde“ geprägt. Diese Sicht des Films suggeriert unter anderem, dass es auch in den Tagen des Untergangs anständige Männer in der faschistischen Führung gab – wie den SS-Arzt Prof. Ernst Günther Schenk oder den Reichsminister für Rüstung und Bewaffung, Albert Speer, – die sich aus nationalem Interesse den Führerbefehlen widersetzen. Dass Schenk an Menschenversuchen beteiligt war und Speer bei der Judenverfolgung aktiv mitwirkte – das bleibt ungesagt. Was bleibt von Eichingers *Untergang*, wenn abgeblendet wird? Dass man einen großen, einen bedeutender Film gesehen hat? Nein. Es bleibt, einen peinlichen, einen misslichen, ja, einen verhängnisvollen Film gesehen zu haben.

• EDMUND SCHULZ

Zwischen Traumwelten und Realitäten

Mitreißender Spielzeitaufakt des Schauspiels Leipzig

Die Sommerhitze flieht aus der Stadt, die Blätter fallen. Die Spielzeiteröffnung läutet den Frühherbst ein. Auf der Großen Bühne kündigt August Strindbergs (1849–1912) *Traumspiel* von den Irrwitzen und Nöten des modernen Menschen. Regisseur Markus Dietz bringt uns dieses geheimnisvolle Stück näher. Strindberg versucht die „*unzusammenhängende, aber scheinbar logische Form des Traumes nachzuahmen*“. Das Strindbergsche Symboltheater strahlte aus. Auch auf Bertolt Brecht, der Gelegenheit hatte, Max Reinhardt bei seinen Proben zum *Traumspiel* über die Schultern zu schauen. Die gütige Tochter des Gottes Indra (Carolin Conrad) steigt zur Erde herab, um den Jammer der Menschheit zu ergründen. Episodisch reihen sich traumwandlerisch die Ereignisse aneinander, das Unterbewusste wird in Figuren verwandelt: Eine Sängerin beklagt sich, dass ihr Engagement nicht verlängert wird, ein Offizier wartet vergeblich auf seine Braut Viktoria und altert. Indras Tochter wendet sich einem vom Leben besudelten Advokaten (Jens Winterstein) zu. Das Alltagelend der Kanzlei hat ihn fast gebrochen. Und doch: „Sprich nicht schlecht von der Menschheit, ich muss sie verteidigen“, appelliert er verzweifelt an die Humanität. Markus Dietz sorgt für surrealistische Zerstreung und eine beinahe morbide Grundstimmung. Die Inszenierung gewinnt ihre Kraft durch das psychologisch durchwobene Spiel mit Urängsten und Mythen. Der

Regisseur arbeitet am und mit dem Text, streicht und ergänzt, ohne jedoch Strindberg gegen den Strich zu bürsten. Er stößt die Zuschauer in die schmerzreiche Realität, zeigt, dass viel Elend seit der Uraufführung 1907 dazugekommen ist, lässt Bilder von den Weltkriegen laufen, aber auch von vietnamesischen Kindern, die vom US-Aggressor gepeinigt wurden. Aktueller Bezug: Bilder vom Irak-Krieg. Die Inszenierung geht das Wagnis multimedialer Technik ein – und besteht. Videoclips, Texte, Standbilder werden wichtig über der Bühne (Franz Lehr) projiziert. Jens Wintersteins Advokat, wuchtig, anklagend, integer. Carolin Conrad als Indras Tochter, sensibel, hinterfragend, voller Hoffnung.



Stefan Schielebender und Carolin Conrad in „Traumspiel“
Foto: Rolf Arnold, Schauspiel Leipzig

*
Wahlabend. Der Schock über das braunbesudelte Wahlergebnis ist noch nicht verwunden. Da kreuzt eine eruptive Uraufführung den Weg des restlichen Tages: *ALKESTIS, mon amour*. Armin Petras inszeniert Armin Petras. Seine Bearbeitung des antiken Klassikers von Euripides verortet sich nicht zufällig in der ostdeutschen Realität – wie bereits in *Sterne über Mansfeld* und *Vineta (oder wassersucht)*. Fokussieren sich doch hier die sozialen Widersprüche der „Deutschland-AG“: hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Niedriglohngebiet, Entindustrialisierung, familienfeindliche Flexibilität. Vordergründig verarbeitet Armin Petras die tragischen Kristallisationspunkte der antiken Vorlage:

Admetos muss sterben, außer wenn er jemanden findet, der für ihn geht. Der greise Vater will nicht, dafür erklärt sich seine Frau Alkestis bereit. Sie stirbt, Herakles befreit sie, am Ende kehrt sie ins Leben zurück. Doch hinter dem antiken Nebel der todüberwindenden Gattenliebe, hinter den quälenden, bisweilen zynischen Fragen nach Existenzberechtigung der Individuen, taucht konturenstark die Gegenwart auf: Generationenverträge und -konflikte, massenhaftes Pendeln zu fernen Arbeitsplätzen nach München und anderswo. Es ist kein Zufall, das Alkestis im Blazer und mit Businesskoffer in die Unterwelt, in das Totenreich, in den Hades abreist, um von dort aus mit einer „Videobotschaft“ die liebe Familie in der Ferne zu grüßen. Das Bühnenbild von Michael Graessner erlaubt einen mikroskopischen Blick auf das Familienheim, statt festen Wänden gibt es pastellfarbene, gefütterte Gräben.

Anja Schneider als Alkestis: zauberhaft sinnlich, kuschelnd familieliebig, innerlich diszipliniert. Mit prickelndem Augenzwinkern spielt Aurel Manthei den populären griechischen Helden Herakles: im Opel-Klub-Blouson, dazu ein Sechserpack Büchsenbier, Goldkettchen. Helden von heute. Marco Albrecht als biederer Familienvater: schwankend zwischen Feigheit und trübseliger Einkehr. Übrigens: Die feine Abendgarderobe sollte der geneigte Zuschauer zu Hause lassen, es wird mit Sekt gespritzt, bis die Schwarte kracht ... • D. M.

Einmal nur in unserem Leben ...

Frauenchor Leipzig-Süd feiert 25. Geburtstag

Man müsste noch mal 25 sein? Kein Problem für 27 Sängerinnen und einen Chorleiter, können sie sich doch, egal ob sie gerade 32 oder schon mal 80 Lenze zählen, am 3. Oktober 2004 noch einmal diesen Wunsch erfüllen. An diesem Tag feiert ihr Frauenchor Leipzig-Süd e.V. in der Alten Börse seinen 25. Geburtstag.

Die exakte Geburtsstunde des Chores datiert auf den 19. Oktober 1979, als am Kulturhaus Steinstraße der Stadtbezirkschor Süd unter der Leitung von Volkmar Genterczewsky gegründet wurde. Schon anderthalb Jahre später übernahm der Berufschorsänger Helmut Werler das Ensemble. Er ist ihm bis zum heutigen Tag treu geblieben.

Obwohl der Laienchor jede Frau gleich welchen Alters aufnimmt, auch wenn ihre Stimme nicht unbedingt Mailänder-Scala-Qualitäten hat, versucht sich der Chor an anspruchsvoller Literatur: alten und neuen Volksliedern, italienischem Frühbarock, leichten Sätzen aus der Romantik – Mendelssohn, Schubert, Schumann, Brahms – bis hin zu zeitgenössischen Chorsätzen von Hindemith, Bartók, Distler und Dessau. Markenzeichen des Chores sind außerdem Lieder in verschiedenen Mundarten, besonders die nach Lene-Voigt-Texten, von Helmut Werler vertont. Auf viele Höhepunkte blickt das Ensemble gern zurück: Auftritte in der Klosterruine Memleben, am Leipziger Schillerhaus und 1997 im Dresdner World Trade Center. Zur Tradition gehören die alljährlichen Auftritte im Leipziger Altenheim „Martha-haus“ und vor den Senioren

ihres Probendomizils, der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in der Bornaischen Straße 97.

Das Programm, das der Chor zum Jubiläumskonzert in der *Alten Börse* vortragen wird, zeigt einen repräsentativen Querschnitt durch das Repertoire. Wie schon zu früheren Jubiläen ist sogar eine Uraufführung geplant: Jürgen Dietze schrieb extra für den Chor drei Kompositionen nach Versen ungarischer Dichter.

„Einmal nur in unserem Leben, was auch sonst begegnen mag, ist das höchste Glück gegeben, einmal feiert solchen Tag.“ Das 3-stimmige Lied „Zur Feier“, von Johann Wolfgang Goethe, vertont von Felicitas Kukuck, gehört zum Repertoire. Denn einmal nur in seinem Leben wird der Frauenchor Leipzig-Süd „25“. Es soll für alle Zuhörer ein spannendes und zugleich entspannendes Konzert werden. • JUDO

Das Konzert in der Alten Börse am 3. Oktober beginnt um 17 Uhr. Der Eintritt kostet 5 bzw. 4 Euro.



Foto: Junghans

Was hinter den Wörtern steckt ...

Gerade ist die 33. Auflage des *Duden* in die Buchhandlungen gekommen, und schon hat es unter den Sachbüchern in den Bestsellerlisten den 1. Platz eingenommen. Wer den *Duden* im Haus hat, kann sich sicher sein, dass er in Zweifelsfällen – und die sind ja gar nicht so selten – die richtige Schreibweise eines Wortes findet. Doch was macht der *Duden*-Besitzer, wenn er über ein bestimmtes Wort mehr wissen möchte als die richtige Schreibweise? Wenn er zum Beispiel etwas über die Herkunft wissen möchte? Da hilft der Konrad auch in seiner jüngsten Auflage nicht weiter. Da muss ein anderes Nachschlagewerk her – und das gibt es nunmehr aus dem Verlag Faber & Faber. Das heiter illustrierte Lexikon gibt zu etwa 1000 Wörtern, die wir oft, vielfach täglich benutzen, Auskunft, woher sie kommen. Da staunt man über den Beziehungsreichtum unseres Wortschatzes. Personennamen oder geografische Bezeichnungen wurden auf Objekte oder Handlungen übertragen (z. B. Kognac, Selters, röntgen) viele Wörter erreichten uns aus fremden Sprachlandschaften (z. B. Agent, Demagoge, Karneval), wieder andere sind kaum noch in ihrer Bedeutungsentwicklung und Wanderungsbewegungen zu erkennen (z. B. Arbeit, Gefährte, Doktor).

Das Lexikon ist kein Fachbuch für den „Spezialisten der germanistischen Sprachwissenschaft“, wie in der Einleitung betont

wird, sondern setzt sich zum Ziel, die „verdunkelte“ Herkunft der Wörter „für breite Kreise“ aufzuhellen. „Auf diese Weise versteht sich das Wörterbuch als Beitrag zur Sensibilisierung des Sprachbewußtseins, zur Bewahrung der Tradition und damit auch der Sprachkultur im weiteren Sinne.“

Verfasst hat das Lexikon der Germanist Gerhard Helbig, langjähriger Dekan der Fakultät für Kultur-, Sprach- und Erziehungswissenschaften an der Karl-Marx-Universität und Professor für Deutsch als Fremdsprache.

Wer Lust auf einen Streifzug durch die Kulturgeschichte der

Sprache hat, wird mit diesem Buch ein großes Vergnügen haben. Es ist ein Vademecum für den gebildeten Menschen. Die von Hans-Eberhard Ernst (viele werden ihn als Illustrator von Hansgeorg Stengels Versen und Satiren in Erinnerung haben) beigefügten Zeichnungen wirken wie Kommentare zum Gelesenen. Ein kleines Literaturverzeichnis gibt jenen, die beim Lesen Appetit auf mehr bekommen, Hinweise für weiterführende Studien.

Es wäre diesem schön gestaltetem Lexikon zu wünschen, dass es – so wie der *Duden* – schnell einen Platz auf der Bestsellerliste fände.

• FAGA



Ein „illustriertes Lexikon für gebildete Bürger“ von Gerhard Helbig ist im Leipziger Verlag Faber & Faber erschienen. Hans-Eberhard Ernst schuf dafür 225 Zeichnungen. Das 253 Seiten starke Lexikon mit seinem schön gestalteten Festeinband kostet 24 Euro.

Manipulation

„Lenkung der öffentlichen Meinung durch Massenmedien“; „verschleierte Steuerung des Bewußtseins“

Das Wort wurde entlehnt aus dem Frz. (dort „chemische Bearbeitung der Metalle und Mineralien, die Handgriffe bei deren Gewinnung“). Im Dt. bezeichnete es zunächst die Handgriffe bei magnetischen Heilverfahren (18. Jh.) in der Bedeutung von „Handgriff, Handhabung“ (vgl. lat. *manus* „Hand“), aber auch im allgemeineren Sinne „Behandlungs- und Verfahrensweise“. Erst später – mit der Verbreitung der Medien – ist zunehmend die heutige Bedeutung „Lenkung der Meinung durch Presse und Politik“ (im negativen Sinne) mit dem Ausdruck verbunden worden.



Text und Zeichnung aus „Zur Bedeutung der Wörter“

Preis der Leipziger Buchmesse

LN. Nachdem die Leitung des Börsenvereins überraschend – und mit weitgehendem Unverständnis – beschlossen hat, den seit drei Jahren in Leipzig verliehenen *Deutschen Bücherpreis* aufzugeben und dafür ab 2005 zur Frankfurter Buchmesse einen mit 37 500 Euro dotierten *Deutschen Buchpreis* für einen Autor eines deutschsprachigen Romans zu vergeben, vergibt ab Frühjahr 2005 die Leipziger Messe mit Unterstützung der Stadt Leipzig und des Freistaates Sachsen und in Zusammenarbeit mit dem Literarischen Colloquium Berlin erstmals den *Preis der Leipziger Buchmesse*.

Die Auszeichnung ist mit insgesamt 45 000 Euro dotiert und wird von einer Jury zu gleichen Teilen in den Kategorien „Belletristik“, „Sachbuch und Essayistik“ sowie „Übersetzung“ verliehen. Prämiert werden herausragende deutschsprachige Neuerscheinungen. Darüber hinaus unterstreicht der Preis die außerordentliche Bedeutung der Übersetzer für die Vermittlung internationaler Literatur. Der Preis schließt unmittelbar an das Konzept der Leipziger Buchmesse an, die sich als Forum für Autoren und Literaturvermittlung etabliert hat.

Der Jury unter Vorsitz von Martin Lüdke (*Südwestfunk*) gehören mit Franziska Augstein (*Süddeutsche Zeitung*), Richard Kämmerlings (*Frankfurter Allgemeine*), Andrea Köhler (*Neue Zürcher Zeitung*), Sigrid Löffler (*LITERATUREN*), Norbert Müller (*TU Berlin*) und Klaus Reichelt (*MDR*) renommierte Fachleute und Literaturkritiker an.

Verlage können bis zum 30. November 2004 drei Vorschläge je Kategorie einreichen. Danach wird das Literarische Colloquium Berlin im Einvernehmen mit der Jury die Einsendungen sichten und das Auswahlverfahren koordinieren.

Eine Liste der von der Jury nominierten Kandidaten wird im Februar veröffentlicht. Der Preis wird während der Leipziger Buchmesse am 17. März 2005 verliehen.

Ehrung verweigert

LN. Der Bürgermeister von Eisenhüttenstadt, Rainer Werner (SPD), hat dem Maler Walter Womacka verweigert, sich ins Goldene Buch der Stadt einzutragen. Dem 78-jährigen sollte in Anerkennung seiner für die Stadt geschaffenen Werke diese Ehrung zuteil werden. Nun habe er jedoch in seinen soeben erschienen Erinnerungen *Farbe bekennen* „Mauerbau und Stacheldraht“ gerechtfertigt. Das Buch ist soeben im Verlag Das Neue Berlin erschienen.

Olivenbaum-Geschichten

Nicht in jedem Fall macht man sich durch ein Gespräch über Bäume schon verdächtig. Zumindest der Olivenbaum ist neben seinen Zweigen und Früchten symbolhaftig und poetisch wie kein anderer. Das geht los bei Homer. Die unwahrscheinliche Penelope traut dem Odysseus, als er nach zwanzigjähriger kriegsbedingter Abwesenheit heimkehrt, erst, dass er ihr geliebter Gatte ist, nachdem er mit beider Geheimnis aufwarten kann: Das Ehebett war aus einem in der Erde fest verwurzelter Olivenstamm selbst gezimmert. Das reicht bis hin zu Hermann Fürst von Pückler-Nuskau. Der sah sich bewogen, von Piräus aus den Weg nach Athen zu Fuß einzuschlagen, d. h. seiner Equipage entgegenzugehen, um sich am gar lieblichen Anblick des ehrwürdigen Olivenwaldes, der sich vor ihm ausbreitet, so recht zu ergötzen. Ganz anders der Dichter und Patriot Jannis Ritsos, Zeuge bitterer Umbrüche, der sein Hellas als eine Landschaft des Schweigens zu erdulden hatte, wo die Olivenbäume verwaisen. Die entgegengesetzte Wahrnehmung bei Margarete Hannsmann. Zu

den Oliven wird ihr am Wegesrand Brot und Wein gereicht bei ihren Wanderungen durch Arkadien. Doch aus den verträumten Gefilden der DichterInnen wird man sogleich wieder aufgeschreckt, wenn es heißt: „Früher hätte niemand gewagt, die Stadt zu verwalten gegen Geld; da brachte jeder selber sein Schläuchlein zum Trinken, sein trocken Brot, seine zwei Zwiebeln und – wenn's hoch kam – seine drei Oliven mit. Jetzt verlangen sie drei Obolen, wenn sie sich mit Politik beschäftigen – wie die Mörtelträger.“ Ach, du lieber Aristophanes, wenn du wüsstest, wie's heute zugeht auf dieser Welt! – Lesetexte höchst gegensätzlicher Färbung, klug zusammengestellt, ein hübsch ausgestattetes Büchlein in der bestens vertrauten Manier des Inselverlages.

• HORST MÖLLER

Andrea Schellinger (Hg.): *Olive. Der heilige Baum. Geschichten und Gedichte. Insel Verlag, Frankfurt am Main und Leipzig 2004. 155 Seiten, broschiert, 7,50 Euro.*

Missbrauchter Goethe

Was wäre die Geschichtsforschung ohne die „Hobbyforscher“. Nicht wenige Erkenntnisse blieben ihr verschlossen, vor allem hinsichtlich der „Geschichte von unten“. Einer dieser Unermüdlichen, die weitgehend ohne finanzielle Unterstützung und ohne Erwartung auf materiellen Gewinn ihrem „Hobby“ nachgehen – Jörg-Peter Jatho –, hat nun das Ergebnis seiner Mühen in einer Publikation vorgelegt. Erforscht hat der Gießener Lehrer in Ruhe das Wirken des 1914 gegründeten *Goethe-Bundes* in seiner Heimatstadt unter einem ganz speziellen Aspekt: der „breiten Verstricktheit“ des Gießener Bildungsbürgertums in den Nationalsozialismus, die es „bis heute nicht wahrnehmen will“.

Entstanden ist eine beeindruckende dokumentarische Studie, wie in einer deutschen Universitäts-Kleinstadt (Gießen hatte 1936 ca. 37 000 Einwohner) ein literarischer Verein wie der *Goethe-Bund* dazu beigetragen hat, ein dem Faschismus genehmes geistiges Klima zu schaffen. Damit dürfte sich der Autor in der Stadt nicht unbedingt beliebt gemacht haben, sähen doch die

„Gießener Lokalhistoriker ... ihre Stadt für die NS-Zeit gern als ein ‚Zentrum des Widerstandes‘ und danach einseitig als ein Opfer amerikanischer Luftangriffe“. Diese „Bestandsaufnahme zum öffentlichen Literaturbetrieb in Weimarer Republik und NS-Zeit“ dürfte auch für hiesige Regionalhistoriker interessant sein und anregend, diesem Problem einmal für eine Großstadt wie Leipzig nachzugehen. Gab es hier doch 1938 neben dem *Goethe-Bund* noch weitere literarische Vereine wie den *Schiller-Verein*, den *Literarischen Verein ehem. Nikolaitaner* oder den *Gemeinnützigen Verein* „Vorwärts“ *Leipzig-Gohlis*, wie bei Jatho auf den Seiten 72, 73 nachzulesen ist. Das Register vermerkt vier weitere Verweise auf Leipzig.

• GAA.

Jörg-Peter Jatho: *Der Gießener Goethe-Bund. Eine Bestandsaufnahme zum öffentlichen Literaturbetrieb in Weimarer Republik und NS-Zeit. Verlag AG Spurensuche, Rotenburg a. d. Fulda 2004. 289 S., broschiert. Bezug über den Autor: Roonstr. 21, 35390 Gießen.*

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren ermordet Wilhelm Leuschner

Wilhelm Leuschner, am 15. Juni 1890 in Bayreuth geboren und von Beruf Holzbildhauer, zählte zu den bekanntesten Politikern der SPD. Er war hessischer Innenminister (1928 bis März 1933) und führender Gewerkschaftsfunktionär. 1931 machte er die Öffentlichkeit mit einem von Naziführern ausgearbeiteten Plan (Boxheimer Dokumente) bekannt, der die Einführung von Notverordnungen, Schießbefehlen und Todesstrafen nach dem geplanten Staatsstreich vorsah. Damit zog er sich den absoluten Hass der Faschisten zu, der in wiederholten Morddrohungen gipfelte.

Am 2. Mai 1933 wurde Wilhelm Leuschner als stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) verhaftet und nach Folterungen durch die SA in das Gefängnis Plötzensee gebracht. Seine Freilassung erfolgte mit der Absicht, ihn wegen seines hohen internationalen Ansehens als Gewerkschaftsfunktionär – er war der Vertreter des ADGB im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf – für die Anerkennung der faschistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF) auf internationaler Ebene zu gewinnen. Als dieser Versuch fehlschlug, wurde er erneut verhaftet und ein Jahr lang inhaftiert. Ab Juni 1934 wieder in Berlin lebend, erwarb er eine kleine Fabrik, die zu einem Zentrum des Widerstandes von Sozialdemokraten wurde. Er unterhielt Kontakte zu Funktionären der illegal tätigen KPD und schloss sich 1942 dem „Kreisauer Kreis“ um Helmuth Graf von Moltke an. Obwohl er dem konservativen staatspolitischen Konzept Carl Goerdelers kritisch gegenüberstand, war er bereit, nach dem Attentat auf Hitler in Goerdelers Kabinett als Vizeminister mitzuwirken. Den Verhaftungen nach dem gescheiterten Attentat konnte er sich zunächst entziehen. Seine Frau Elisabeth wurde in „Sippenhaft“ genommen und in das KZ Ravensbrück gebracht. Am 16. August 1944 wurde Wilhelm Leuschner auf Grund einer Denunziation verhaftet und gleichfalls nach Ravensbrück gebracht. Am 8. September 1944 wurde er vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 29. September 1944 im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet. Zu seinen letzten Worten gehörte die Mahnung an sozialdemokratische Mitgefangene: „Schafft die Einheit!“

In Leipzig trägt seit dem 1. August 1945 ein zentraler Platz (zuvor Königsplatz) seinen Namen. In der Berliner Bismarckstraße 84, dem Wohnsitz von Wilhelm Leuschner, wurde im September 1947 eine Gedenktafel enthüllt.

• KURT SCHNEIDER

Im Dezember 1947 wurde festgelegt, dass weitere drei Gebäude abzureißen und neun umzubauen seien. Das sollte bis zum 1. Juli 1948 abgeschlossen sein. Das aber war illusorisch, denn die Ketsch setzte bis April 1948 ihre wilde Abrisstätigkeit fort. Daraus ergab sich am 28. September als Fazit: Für Wohnzwecke umzubauende Gebäude: 5, der Polizei zugesprochen: 3, von Sowjetarmee genutzt: 4, abgerissen/abzureißen: 17.

Der Stadt waren bei der Verwertung der Kasernen die Hände gebunden, denn sie waren noch im Besitz der Besatzungsmacht. Das änderte sich ab November 1947. Am 27. November erließ der Chef der Sowjetischen Militäradministration (SMA) für Sachsen, Generalmajor Dubrowskij, den Befehl 265/47. Er beinhaltete die Übergabe der ersten Militärobjekte an die Sächsische Landesregierung. Das betraf die Kaserne des Infanterieregiments 106 an der Georg-Schumann-Straße, die Militärwäscherei Herloßsohnstraße und den Militär-Sanitätspark Friedrichshafener Straße 85. Bereits am 11. Dezember wurden diese Objekte sowie die 107er Kaserne (Olbrichtstraße) an die „Selbstverwaltung Leipzig“ übergeben. Am 7. Februar 1948 erschien der Befehl 11/48 mit der Übergabe des Proviantamtes Olbrichtstraße 5, des Militärgerichts Olbrichtstraße 11, der Häuser Olbrichtstraße 7, 8, 10 und 2a sowie des Medizinlagers Katzbachstraße (Haferkornstraße) 2. Die Übergabe erfolgte am 18. Februar. Die Be-

Leipzigs Kasernen nach Kriegsende (III/Schluss)



Abriss eines Kasernengebäudes an der Max-Liebermann-Straße. Die Fotos zur Serie wurden freundlicherweise von der Fotothek Mai zur Verfügung gestellt.

fehle zur Übergabe weiterer Kasernen und militärischer Gebäude wurde am 26. Juni 1948 erlassen. Beendet wurde diese Aktion mit dem Befehl 20/49 vom 5. Februar 1949, der die Übergabe u. a. des zerstörten Wohngebäudes Gottschedstraße 3, des Stadions Danziger Straße (Stadion des Friedens) und der Polizeikaserne Wiederitzsch (heute Bundeswehrkrankenhaus) beinhaltete. Ein offizieller Übergabebefehl für die Ulanenkaserne (Landsberger Straße) erfolgte wohl nicht mehr, denn am 12. Juli war diese Übergabe noch nicht erfolgt und am 7. Oktober wurde die DDR gegründet, womit sich ein solcher Befehl erübrigte.

Am 23. März 1948 übergab die Landesregierung die für den Wohnungsbau vorgesehenen

Gebäude der Kasernen an die Stadt Leipzig.

Bereits eine Woche später übergab die Stadt die Umbaupläne zur Bestätigung an die SMA. Diese aber erübrigten sich zum großen Teil, denn zum einen war bereits ohne Bestätigung durch die Besatzungstruppen mit dem Umbau z. B. in der 107er-Kaserne begonnen worden und zum anderen ergaben sich mit dem wegen des Kalten Krieges begonnenen Aufbau von Kasernierten Polizeieinheiten völlig neue Perspektiven für die Kasernen, die bereits am 27. Juli 1948 in einer gemeinsamen Beratung der Kommandantur, der Stadtverwaltung und der Polizei erörtert wurden.

Da die Kaserne an der Georg-Schumann-Straße noch immer als Quarantänelager genutzt

wurde und in den Kasernen am Südende der Olbrichtstraße, an der Max-Liebermann-Straße, an der Winscheidstraße, in Paunsdorf und Schönau sowie im ehemaligen Bekleidungsamt an der Olbrichtstraße noch die Sowjetarmee untergebracht war, begann der Bau von Wohnungen nur in der 106er-Kaserne an der Olbrichtstraße. Die ehemalige Ulanenkaserne war dazu nicht geeignet, denn sie war so demontiert und schließlich von der Bevölkerung geplündert worden, dass kurzfristig nicht an Wohnungsbau zu denken war. Warum für die Kaserne Viertelsweg keine Planung vorlag, war nicht zu ermitteln. Bereits am 20. März 1949 konnte die „Leipziger Volkszeitung“ melden, dass es gelang, „ehemalige Kasernen in freundliche Wohnungen zu verwandeln. Fünf Kasernenblöcke, die man abzureißen plante, wurden umgebaut“ und so konnte „das Hochbauamt bisher 160 Wohnungen fertigstellen. Sie können in den nächsten Tagen bezogen werden“. Diese Meldung war aber wohl etwas verfrüht, denn die Übergabe von letztlich 114 Wohnungen zog sich noch etwas hin. Die für ein Haus geplanten und schon zu etwa 80 Prozent fertigen 43 Wohnungen gingen der Stadt wegen der Übergabe an die Volkspolizei verloren. Mit dem Aufbau der Bereitschaften der HVA der Volkspolizei und der Belegung anderer Kasernen durch die Sowjetarmee war die Übergangsperiode für die Kasernen beendet. • DIETER KÜRSCHNER

Die bekannte evangelische Theologin Dorothee Sölle, die weit über kirchliche Bereiche hinaus wirkte, wurde am 30. September 1929 in Köln geboren. Sie studierte Theologie, Philosophie und Literaturwissenschaft, promovierte, habilitierte sich, unterrichtete im höheren Schuldienst, wirkte als freie Schriftstellerin, hatte eine Professur in New York inne. Zu ihren wichtigsten Lebensereignissen zählte sie eine Reise in die Demokratische Republik Vietnam im November 1972. Auf Einladung der sandinistischen Bewegung besuchte sie 1984 Nicaragua und beobachtete mit einer Friedensgruppe aus den USA den Verlauf der Wahl. Der Versuch der Religionswissenschaftlerin, „Theologie zu treiben“, war nach eigenem Bekunden „geprägt von dem Bewusstsein, nach Auschwitz zu

Pionierin der politischen Theologie

Dorothee Sölle wäre am 30. September 75 Jahre alt geworden

leben“. Auf diese Weise verfocht die streitbare Theologin im Leben und in ihren Büchern eine radikale Diesseitigkeit des Christseins und eine „Entmythologisierung“ der Bibel. Bekannt wurde die angesehene Sprecherin des „anderen Protestantismus“ durch ihren Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss zur Nachrüstung Anfang der 80er Jahre. Die Friedensaktivistin verstand die Bergpredigt Jesu nicht nur als Zusage Gottes für das ewige Leben, sondern leitete aus ihr konkrete Impulse zum Handeln in der Welt ab. Der „theologische Imperialismus der Ersten Welt“ musste ihrer Meinung nach beendet werden in der Hoffnung, dass

wir uns evangelisieren lassen von den Armen. In Politik, Kirche und Theologie mischte sie sich über drei Jahrzehnte lang ein. Achtung und Anerkennung fand Sölle besonders bei jüngeren Menschen. Eine große Zuhörerschaft versammelte sie bei evangelischen Kirchentagen. Nach dem Ende der DDR trat sie für eine langsamere Gangart bei der Wiedervereinigung ein. Vor der ersten Bundestagswahl Anfang Dezember 1990 unterstützte sie eine gemeinsame Liste mit der PDS, damit „eine linke Stimme vorhanden ist, weiterbesteht und nicht schlicht auf den Abfall der Geschichte geschmissen“ wird. Im Januar 1997 unterzeichnete sie mit drei-

unddreißig weiteren prominenten Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften, Kunst, Wissenschaft und Theologie in einem Aufruf für ein Linksbündnis. Zuletzt protestierte sie gegen die Aggressionspolitik der USA und den Irak-Krieg der Bush-Regierung im Frühjahr 2003. Mit zahlreichen Büchern, auch Gedichtbänden, und weiteren Publikationen sprach die Befreiungstheologin eine breite Öffentlichkeit an. Dorothee Sölle, Pionierin der politischen Theologie, die auch Mitglied des PEN-Zentrums der BRD war, starb 73-jährig am 27. April 2003 in Göppingen an den Folgen eines Herzinfarkts..

• HERMANN GERATHEWOHL

Am 1. Oktober 1904, also schon ein Jahr vor der Einweihung des Leipziger Neuen Rathauses am 7. Oktober 1905, wurde der Leipziger Ratskeller eröffnet. Der Rathausbrunnen vor dem Eingang zum Keller wurde bis zum 7. Oktober 1908 fertiggestellt. Die sieben Gasträume des traditionsreichen Restaurants, die

100 Jahre Ratskeller

700 Personen Platz bieten, erinnern mit ihren Kreuzgewölben an die Kasemattenarchitektur der Pleißenburg, auf deren Fundamenten das Rathaus steht. Bildhafte Darstellungen an den

Wänden mit Alltagsszenen aus der Gründungszeit schaffen eine Brücke in die Zeit städtischen und wirtschaftlichen Wachstums um die Jahrhundertwende. Ein beziehungsreiches architektonisches Detail vorm Ratskellereingang ist eine Plastik, die zeigt, wie der Stadtkämmerer einen armer Steuerzahler verschlingt (Abb.). • G. L.





Von
KLAUS HUHN

Geschichten aus den Kinderjahren des Fußballs bewegen heute kaum noch die Gemüter derer, die sich zu den modernen Fans zählen. Man könnte sie auch Anhänger nennen, aber der Begriff ist schon lange nicht mehr „in“, nehmen wir mal an, weil das andere Wort so hübsch kurz ist. In Leipzig könnte mir allerdings ob dieser Feststellung heftig widersprochen werden, denn angesichts des Mangels an aktuellen Fußballthemen beruft man sich hier ganz gerne mal auf die fernen Zeiten, in denen es an Ruhm nicht mangelte.

Aber das ist gar nicht mein Thema. Mir geht es um die Ehrenamtlichen, die öfter mal an festlichen Tagen gerühmt und gepriesen, aber sonst meist mit ihren Sorgen allein gelassen werden. Beginnen wir mit der Historie: Ohne sie wäre auch Fußball nie und nirgends aus den Kinderschuhen herausgekommen. Die ersten Ehrenamtlichen waren die, die sonntags vier Fähnchenstangen in den Sand rammten, es später im Rasen taten und – als die Fußball-„Jugendjahre“ angebrochen waren –, vor Spielbeginn mit Kreide Linien zogen und dann dafür sorgten, dass die Mannschaften pünktlich zur Stelle waren.

Schmunzeln Sie getrost – ich wollte daran erinnern, weil heutzutage alles ganz anders ist. Zum einen muss niemand nach der Abfahrt des Zuges fragen, weil meist „Fahrgemeinschaften“ den Antransport besorgen, zum anderen könnte der Platzwart über Nacht der mächtigste Mann im Verein werden, wenn er zum Beispiel – vielleicht

durch einen Lottogewinn – genug Geld hätte, einen Stapel Aktien eines berühmten Vereins zu kaufen. Zugegeben, es gibt kaum steinreiche Platzwarte, aber könnte man nicht allein wegen der Vorstellung die Krise kriegen? Nicht wegen des Platzwarts, denn der hat oft mehr Ahnung vom Sport als die heutigen Präsidenten, sondern wegen der Konstellation: Eine

eine Jugend-D-Fußballmannschaft finanziert. Er hat den Steppkes bunte Trikots (zugegeben: mit seinem Firmennamen) gekauft und jetzt ein Trainingslager arrangiert und mit den Eltern, die den Trip nicht bezahlen konnten, ein Ratensystem arrangiert, weil er verhindern will, dass Kinder durch die Enttäuschung, nicht dabei sein zu dürfen, schlaflose Nächte haben.

Sportkolumne

Ronny und andere

knappe Mitteilung an die Medien, XY befindet sich neuerdings im Besitz der Aktienmehrheit und ist damit Präsident und Aufsichtsratsvorsitzender in einer Person. Das kann – wie man weiß – durchaus ein russischer Ex-Genosse sein, der Gorbatschow, Jelzin oder einem von deren Gesellen einen Gefallen erwies, sich anschließend unbehelligt ein ursprünglich volkseigenes russisches Kombinat unter den Nagel riss. Und es dann als Millionär eines Tages für ratsam hielt, sich in einer englischen Grafschaft anzusiedeln und dort seine Eignung für einen britischen Pass dadurch unterstrich, dass er einen Londoner Fußballklub auf- und dazu noch ein paar schweineteure Kick-Stars zur Freude der Fans einkaufte. Danach ließ er vielleicht noch eine Loge auf der Ehrentribüne täfeln und nahm dort fortan bei Anpfiff Platz. Es gibt auch andere Varianten und die sind ganz in der Nähe zu bewundern: Modernste Stadien entstehen, aber es fehlt an Mannschaften, die sie füllen könnten. Also müssen die Steuerzahler – präziser: du und ich – das Stadion finanzieren und bekommen nicht einmal Freikarten für die obersten Reihen. Warum ich Ihnen das alles aufschreibe, obwohl Sie es doch längst wissen? Unter anderem, weil die Wahlen vorüber sind und man sich auch danach um die Ehrenamtlichen kümmern sollte. Ich begegnete unlängst einem Bauunternehmer in mittleren Jahren, der von dem bisschen Gewinn, den er erzielt,

Wir warteten beide ganz zufällig auf einem Bahnhof auf einen verspäteten Zug und kamen dabei ins Gespräch. Er schien ein wenig froh zu sein, dass er jemanden getroffen hatte, dem er das alles erzählen konnte. (Er erwähnte natürlich auch das 11:1 seiner Mannschaft vom letzten Sonnabend.) Von Leuten wie diesem Ronny – ich kenne sogar seinen Nachnamen, weil er mir einen Firmenkugelschreiber schenkte – gibt es hierzulande Tausende, die nie erwähnt werden, wenn der Sport gerühmt wird.

Was sie vor allem leisten, nannte der frühere Straßenweltmeister Bernd Drogan unlängst mal treffend Sozialarbeit. Wir waren uns an einem PDS-Wahlkampfnachmittag begegnet und er erzählte mir von seiner jetzigen Trainertätigkeit. Er fabulierte nicht von Talenten, die er mit der Lupe sucht, sondern nannte seine Tätigkeit „praktische Sozialarbeit“: Kinder von der Straße auf die Radrennbahn locken und dort für den Sport begeistern. Ob Ex-Weltmeister oder Bauunternehmer, alle, die sich im Sport als Ehrenamtliche mühen, sollten als erfolgreiche Sozialarbeiter gefeiert werden. Verdient haben sie es! Das sollte sie auch in Zukunft die PDS öfter wissen lassen. Und wer da meint, es wäre vielleicht reizvoller gewesen, meine Kolumne dem Dopingfall Tyler Hamilton zu widmen, dem wage ich zu widersprechen!

• KLAUS HUHN

TELESKOP

Mitnehmer von Gesetzes Gnaden

Man kann's kaum glauben, aber ab und an laufen im Fernsehen tatsächlich Sendungen mit hohem Bildungswert. So am 7. September bei „PlusMinus“ in der ARD. Neben allen möglichen gut gemeinten Ratschlägen erfuhr der Zuschauer auch, dass es in Deutschland nicht wenige Beamte gibt, die schon im Alter von 37 Jahren pensioniert sind. Das heißt, sie beziehen monatlich ihre 1500 bis 2000 Euro fürs Nichtstun. Nun gut, dachte ich zuerst, wenn die krank sind und nicht mehr arbeiten können, dann steht ihnen die Pension nach Beamtenrecht zu. So ist das hier nun mal. Aber weit gefehlt. Diese Beamten erfreuen sich bester Gesundheit, wie im Filmbeitrag zu erfahren war. Sie waren früher einmal bei der Post, bei der Postbank und bei der Telekom beschäftigt. Als diese Staatsbetriebe privatisiert wurden, mussten einige Tausend von ihnen gehen. Die Älteren gingen über den üblichen Weg in die „Beamtenrente“, die Jüngeren wurden zum Amtsarzt geschickt, der ihnen Dienstunfähigkeit bescheinigte. Wer das aus moralischen Bedenken nicht wollte, hätte seinen Pensionsanspruch verspielt. Als Diagnosen wurden unter anderem „Grübelzwang“ und „Antriebsstörungen“ in die Atteste geschrieben. Für uns als Nichtbeamte wird das allgemein mit dem Begriff „Depressionen“ umschrieben, wegen derer uns aber niemand in die vorzeitige Rente schickt, denn das würde den Steuerzahler zu stark belasten. Dieser ist ja schon durch die Pensionen junger und eigentlich arbeitsfähiger Exbeamter, die keine Angst vor Hartz IV haben müssen, stark belastet. Ins Rollen gebracht hat diesen Skandal eine Versicherungsgesellschaft, die nun arg gebeutelt wird. Die ehemaligen Beamten waren nämlich vom damaligen Arbeitgeber gegen Berufsunfähigkeit versichert. Und nach ihrer Dienstunfähigkeit sind sie inzwischen berufsunfähig geworden. Das heißt, zur gesetzlich zustehenden Pension muss die Versicherung je nach Vertrag noch einiges draufzahlen. Und das versteht die Versicherung ebenso wenig wie wir Normalos, denen von höchster Stelle „Mitnahme-Mentalität“ unterstellt wird.

• HANS-JÜRGEN BERG

Lesen was andere verschweigen:



Jetzt drei Monate Probeabo!

Ja, ich will das Probeabo nutzen!
Ich zahle für 7 Ausgaben nur 3,50 € statt 7,00 €.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Ich möchte auf Rechnung bezahlen.

Ich möchte per Lastschrift bezahlen.

Konto-Nr.: _____

Kreditinstitut: _____

Bankleitzahl: _____

Das Probeabo erlischt nach 7 Ausgaben automatisch. Ich kann es aber danach in ein normales Dauerabo umwandeln lassen, wobei ein neuer Vertrag über den Bezug von „Leipzig Neue“ geschlossen werden muss.

Datum / Unterschrift: _____

Recht hat er!

Ist SPD-Oskar wirklich ein „Kameradenschwein“? Der Meinung vieler seiner Genossen muss widersprochen werden! Die Reaktion eines Großteils der Teilnehmer an der Leipziger Montagsdemo war Zustimmung zu seiner Rede.

Schon 1966 forderte Lafontaine die Beibehaltung der Vermögenssteuer und keine Steuergeschenke für Millionenerben und Großgrundbesitzer. Weiterhin verlangte er eine glaubwürdigere Politik, damit die Menschen Vertrauen in die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen gewinnen, was eine Voraussetzung für die Stabilität der Demokratie bedeutet.

Wörtlich äußerte er in der *Leipziger Volkszeitung* (25./26. Mai 1999): „Arbeitnehmer, Rentner und Familien brauchen für ihre Lebensplanung mehr Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. In den Mittelpunkt der Politik muss die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gestellt werden. Um Wachstum und Beschäftigung zu fördern, ist es dringend notwendig, dass Arbeitnehmer und Familien entlastet werden.“

Es folgen Beispiele zu dem WIE!

Wo Herr Lafontaine Recht hat, hat er Recht!

BRIGITTE JANSEN,
LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.
Die Redaktion

NACH DER LANDTAGSWAHL IN SACHSEN

Das eigentliche Frustpotential: die Nichtwähler

Vorausschicken möchte ich, dass ich es ebenso wie die Mehrheit unserer Bürger unenträglich finde, im Ergebnis der Landtagswahlen die NPD im Parlament vertreten zu sehen. Was haben sich eigentlich die Leute gedacht, die den Neofaschisten in so großer Zahl zu Sitz und Stimme verhalfen? Über die Langzeitfolgen dieser Entscheidung sind sich diese Wähler offensichtlich nicht im Klaren. Nun wird nach Gründen gesucht, die eine solche Situation begünstigten. Als Hauptargument wird dabei die ungenügende Wahlbeteiligung angeführt, die dem rechten Rand einen enormen Stimmenzuwachs, vor allem aus dem Kreis der Frust- und Protestwähler, bescherte. Das ist erst einmal nicht von der Hand zu weisen. Allerdings habe ich auch eine andere Rechnung aufgemacht. Hinter dem

hohen Anteil der Nichtwähler verbirgt sich das eigentliche Frust- und Protestpotential, da es sich um jene Bürger handelt, die keiner Partei die Lösung ihrer Probleme zutrauen und sich vom Staat verraten, verkauft und gedemütigt fühlen. Sie haben jegliche Identifikation mit diesem System verloren. Wären diese Leute zur Wahl gegangen, hätte es zu einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft geführt. Die etablierten Parteien hätten weiter an Einfluß verloren und die Rechten wären noch stärker aus dieser Wahl hervorgegangen. ... Das einzig Positive an diesen Wahlen war, dass die „Volks“partei CDU endlich einmal einen ordentlichen Dämpfer erhalten hat und die PDS ihre ohnehin schon gute Position weiter ausbauen konnte.

G. FLEISCHHAMMER,
LEIPZIG

In der Mitteldeutschen Zeitung vom 2. September setzt sich ein Herr Sommerfeld unter der Überschrift „Terrorismus wird zur totalitären Bedrohung“ mit eben diesem Phänomen auseinander. Unter dem Eindruck des entsetzlichen Massakers an Schulkindern und ihren Verwandten in Beslan geschrieben, wird so manches Wesentliche zum Terrorismus verdeutlicht. Leider entgeht der Autor nicht derselben Versuchung, die er den Terroristen vorwirft, die „Lust an ideologischer Überhöhung“, die „eher an die Kommunisten“ erinnert. Antikommunismus ist, wovon wir uns

Lügen und Lücken zum Terrorismus

täglich überzeugen können, nicht nur eine Grundtorheit des vergangenen Jahrhunderts. Sommerfelds Versuch, den Terrorismus in die hierzulande gebräuchliche Totalitarismuskonzeption zu pressen, liest sich so: „Aber die Terroristen suchen nach geistigem und organisatorischem Rückhalt. Wie die Kommunisten einst die Verbindung zu Fidel Castro und den Befreiungsbewegungen aufbauten, so bemüht sich Al Qaida heute, Bewegungen zu vernetzen, die ursprünglich nicht zusammen-

Herr M. brauchte was zum Rauchen und ging zur nahe gelegenen Tankstelle.

Er zahlte, zu faul, Kleingeld aus der Börse zu suchen, mit einem größeren Schein. Und kam dann mit dem Wechselgeld nicht zu recht. Als sich sein Irrtum herausgestellt hatte, entschuldigte er sich, einen Scherz versuchend, bei der Verkäuferin: „Ich war gerade im Wahllokal, jetzt bin ich halt etwas irre.“ Die junge, hübsche Verkäuferin kicherte: „Zu sowas geh ich gar nicht erst hin. Die sind doch alle gleich!“

Etwas betrottelt machte sich Herr M. auf den Heimweg und erinnerte sich vage an eine einschlägige Geschichte von Kurt Tucholsky: Bürgerliche Wahlen in der Weimarer Republik, ...zig Parteien biederten sich da an. Letztendlich ein Brei. Herr M. spürte geradezu Michels Mütze auf seinem Kopf. Er hatte am Wahlsonntag bis gegen 16 Uhr

Wahlqual

mit sich gekämpft: Geht er, oder geht er nicht?

Aber, immerhin, er hatte sich dann für den Thesenanschlag an Leipzigs Rathausstür „Für eine neue Reform(ation)“ entschieden.

*

Noch ein kleiner Zusatz: jetzt haben wir die Scheiße. Jetzt haben wir die Kakerlaken im gutbürgerlichen Bett, aus dem wir nicht munter aussteigen konnten. Die NPD im Landtag! Ich weiß aus Erfahrung, wie schwer es ist, solches Ungeziefer wieder zu beseitigen. Ich habe zweimal geweint nach 1989. Als die CDU die damalige DDR-Volkskammer eroberte, und nun, wie Rechtsaußen gewählt wurde. Ich kenne die heutigen Nazis, die mir in einer Veranstaltung in einem Dorfgasthof bei Altenburg sogar mit Totschlag gedroht hatten.

EKKEHARD FRITZ

Terrorismus erst hervorgebracht haben. Staatsterrorismus kommt bei Herrn S. erst gar nicht vor. Über den Faschismus verliert er kaum ein Wort. Kein Wort darüber, wer den Terrorismus im Irak mit seinem völkerrechtswidrigen Krieg erst angefangen hat, kein Wort darüber, wer unter dem Deckmantel des Anti-Terror-Krieges sein Imperium ausbaut. ...

Wie wäre es mit politischen Lösungen statt Krieg für Afghanistan und dem Irak gewesen sowie für die Beseitigung des verbrecherischen weltweiten globalen Terrorismus?

HARRY PURSCHE, LEIPZIG

Die Diskussionen um die Rechtschreibreform ziehen sich jetzt schon über mehrere Jahre hin und es ist noch kein Ende abzusehen. Wer sich allerdings mit der Materie intensiver beschäftigt, stellt fest, dass die Reform lange nicht so schrecklich ist, wie ihre Gegner behaupten, oft ohne genauere Kenntnis der Änderungen. Während sich kaum jemand über die umfangreiche und fortschreitende Durchmischung der deutschen Sprache mit Anglizismen aufregt, hat die Rechtschreibreform zu wahren Proteststürmen, sogar zu Aggressionen geführt. Etwas mehr Sachlichkeit in dieser Debatte wäre sicherlich angebracht, hier und da auch mehr Kompetenz. Immerhin scheint sich herumgesprochen zu haben, dass niemand beabsichtigt, jetzt Philosophie mit „f“ (= Philosophie) zu schreiben, wie gelegentlich zu hören und zu lesen war. Sprache befindet sich in einem beständigen Wandel. Dementsprechend müssen die Wörterbuch-Redaktionen reagieren; nicht vorauseilend, sondern im Nachhinein angleichend. So

Rechtschreibreform:

Keine Katastrophe, aber Stückwerk

Ein subjektiver Beitrag von Wolfgang Bittner

schreibt man seit Jahren *Fotografie* statt *Photographie* und schon lange nicht mehr Mut oder Tat mit „th“. Insofern war an dem Vorhaben, die deutsche Rechtschreibung zu vereinfachen, zunächst einmal überhaupt nichts auszusetzen. Umso weniger, als die starren Rechtschreibregeln in der deutschen Gesellschaft immer noch als Abgrenzungsmittel missbraucht werden.

Ich bin daher für eine Liberalisierung und Vereinfachung der Rechtschreibung, selbstverständlich unter Beibehaltung differenzierter Sprache. Die inzwischen durchgeführte Reform halte ich zwar nicht für eine Katastrophe, aber sie bleibt meines Erachtens Stückwerk, und sie geht mir nicht weit genug. Es hat sich gezeigt, dass es unmöglich ist, in allen Fällen für jeden logisch nachvollziehbare oder

etymologisch begründbare Regeln aufzustellen. Insofern sollte sich die Rechtschreibung zwar in Grenzen halten, die aber nicht zu eng gefasst werden dürfen.

In den vergangenen Jahren habe ich den Fahnendruck für mehrere Bücher Korrektur lesen müssen, die in neuer Rechtschreibung erschienen sind, und die größten Probleme hatte ich bei der Zusammen- und Getrennschreibung. Da wäre eine vermehrte Zulassung alternativer Schreibweisen eine Erleichterung (kennenlernen/kennen lernen, liegenlassen/liegen lassen, verlorengelassen/verloren gehen ...), ebenso bei der Groß- und Kleinschreibung (zugrunde/zu Grunde, infrage/in Frage, auf neue/aufs Neue ...). Wenn schon eine Reform, hätte ich mir im Übrigen die Einführung der gemäßigten Kleinschreibung gewünscht, wie es der Praxis in

den meisten europäischen Ländern entspricht. Und selbstverständlich sollten sich zusammengesetzte Wörter nach wie vor zusammenschreiben lassen, wenn es sinnvoll erscheint (z. B. vielversprechend).

Änderungen der Rechtschreibung stoßen naturgemäß nicht gerade auf Wohlwollen. Wer will schon das, was er in der Schule gelernt und über Jahrzehnte praktiziert hat, in Frage gestellt wissen? Wo es um Reformen geht, ist die Mehrheit ohnehin konservativ. Selbst Schriftsteller verharren gern in den eingefahrenen Bahnen. Aber auch für sie erübrigt sich jede Aufgeregtheit: Sie können ihre Texte weiterhin in einer ihnen schlüssig erscheinenden, ihren Vorstellungen von Ästhetik entsprechenden Schreibweise verfassen. Denn ein Erlass für Schulen oder Behörden kann die

verfassungsrechtlich garantierte Kunstfreiheit selbstverständlich nicht außer Kraft setzen. Und Privatleute können sowieso schreiben, wie sie wollen.

Seit mehreren Jahren lernen nun bereits Kinder die neuen Rechtschreibregeln, sie werden von den Behörden angewandt und Verlage drucken danach, vor allem Kinder- und Jugendbücher. Die Änderungen fallen beim Lesen kaum auf. Und einen nicht ganz unbedeutenden Erfolg kann die Rechtschreibreform jedenfalls verbuchen: Lehrer berichten, dass Schüler deutlich weniger Fehler machen. Eine vollständige Revision der Reform, wie sie von verschiedener Seite gefordert wird, dürfte also nicht gerade sinnvoll sein.

Wolfgang Bittner lebt als freier Schriftsteller in Köln, Dr. jur., schreibt für Erwachsene, Jugendliche und Kinder, Mitglied im Verband dt. Schriftsteller und im PEN. Er nahm 1997/98 an der Anhörung durch die Zwischenstaatliche Kommission für die deutsche Rechtschreibung teil.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN



Dienstag, 5. Oktober, 19 Uhr, Dresden

Buchvorstellung: *Zeiten des Kampfes. Das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands und die Bürgerrechtsbewegung in den sechziger Jahren in den USA.* Mit dem Autor Clayborne Carson (US-amerikanischer Bürgerrechtler, Professor für Geschichte an der Stanford University, Direktor des Martin Luther King, Jr. Papers Project)

„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 7. Oktober, 19 Uhr, Leipzig

Podiumsdiskussion: *9. Oktober 1989 – Ursachen und Folgen.* Mit Annette Körner, Dr. Kurt Meyer, Friedrich Magirus, Jochen Pommer, Dr. Roland Wötzel. Moderation: Prof. Dr. Werner Bramke Haus des Buches, Gerichtsweg 23

Sonnabend, 9. Oktober, 9 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Vietnam zwischen gestern und morgen.* Mit Prof. Dr. Wilfried Lulei, Berlin

Saal des Wismut-Center, Kirchhoffstr. 34

Dienstag, 12. Oktober, 15.30 Uhr, Dresden

Buchvorstellung: *Grenze im Kalten Krieg. Die innerdeutsche Grenze – Grenze zwischen den Systemen im Kalten Krieg.* Mit Dr. P. Freitag und Dr. R. Ziegenbein (gemeinsam mit Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik/DSS)

„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Dienstag, 12. Oktober, 18 Uhr, Leipzig

Neues zum Leninschen Prinzip der Parteiliteratur. Aus Anlass des 50. Gründungstages der Leipziger Fakultät für Journalistik. Mit Prof. Dr. Hans Poerschke, Leipzig Harkortstr. 10

Mittwoch, 13. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Setzen Werte Tabus für science?* Mit Prof. Dr. Kurt Reiprich, Leipzig

Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Sonnabend, 16. Oktober, 9.30 Uhr, Röcken

Exkursion: *Warum ich ein Verhängnis bin.* Der Arbeitskreis Philosophie lädt anlässlich des 160. Geburtstages von Friedrich Nietzsche ein zum Besuch der neu gestalteten Nietzsche-Gedenkstätte in Röcken. Führung: Dr. Jens-Fietje Dwers, Jena. Eintritt: 2 Euro Teffpunkt: Kirche zu Röcken, 06686 Röcken.

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Schriften zur internationalen Politik

Unter diesem Namen gibt der Verband für internationale Politik und Völkerrecht e. V. die „Blaue Reihe“ im Eigenverlag heraus. Heft 1 – Hans Voß, Botschafter a. D.: *Außenpolitik in Europa – Betrachtungen eines Diplomaten.*

Heft 2 (vorgesehen) – *Afrikapolitik der DDR*

Bezug über: Verband für internationale Politik und Völkerrecht e. V., Wilhelmstr. 50, 10117 Berlin, zum Preis von 3 Euro

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Straße des 18. Oktober 10a

7. 10., 19 Uhr, Lesung mit Ernst Röhl: *Im Osten nichts Neues* – Texte zu Sprache und Politik. Eintritt: 4,50 Euro

14. 10., 19 Uhr, Lesung mit Hannes Heer: *Vom Verschwinden der Täter.* Eintritt: 4,50 Euro

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

8. 10., 20 Uhr (Premiere) und 9. 10., 20 Uhr: *Der Falke* – Psychoogramm eines Jugendstrafäters – ab 15 Jahre

13. und 14. 10., 10 Uhr, Ferienangebot: *Rotkäppchen* – ab 6 Jahre

Initiative

Christliche Linke

11. 10., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig: *Literarische Stimmen aus der DDR* – Lesung und Gespräch mit Dr. Christel Hartinger

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:

Bis 31. 10.: *Vulpiaden – Kostbarkeiten aus der Sammlung Friedrich von Fuchs*

5. 10.–7. 11.: *Wie verbringen Tiere den Winter?*

Veranstaltungen:

10. 10., 10.30 Uhr: *Führung „hinter die Kulissen des Naturkundemuseums“*

13. 10., 9–16 Uhr: *Herbstfest für Ferienkinder*

17. 10., 10.30 Uhr, Führung: *Aus Kiesgruben und vom Strand – Geschiebefossilien im Bild*

Stadtbibliothek Leipzig

Wilhelm-Leuschner-Platz 10/11

1. 10., 17 Uhr, Kabinett, 4. Etage: *Bilder, die keine Leinwand fanden ...* Abend der Poesie und der Malerei. Eintritt: 1,50 Euro

4. 10., 19 Uhr, Oberlichtsaal, 2. Etg.: *Die Poesie Puschkins in den Werken russischer Komponisten.* Eintritt: 2 Euro

Nach Redaktionsschluss

PDS ruft zu friedlichem Protest gegen Worch-Demo

Gesicht zeigen – den Nazis entgegentreten!

Zum wiederholten Male versuchen von Christian Worch angestiftete rechtsextremistische Kräfte am kommenden Sonntag die Strassen Leipzigs als Aufmarschgebiet zu missbrauchen. Offensichtlich euphorisiert von den Wahlerfolgen der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen, stellt der geplante Demonstrationszug nach Connwitz unter dem zynischen Motto „Weg mit den Mauern in den Köpfen!“ eine gezielte Provokation der Rechtsradikalen im alternativen Leipziger Süden dar, die mit allen legalen Mitteln verhindert werden muss.

Die Leipziger PDS fordert daher die Stadtverwaltung auf, analog zu den jüngsten Verbotsmaßnahmen gegen die NPD in Berlin alle rechtlichen Möglichkeiten zum Verbot des Aufmarsches zu nutzen. Darüber hinaus ruft der PDS-Stadtvorstand alle Mitglieder und Sympathisanten der PDS auf, am Sonntag, dem **3. Oktober**, Worch und seinen Kumpanen gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften friedlich und solidarisch entgegenzutreten. Wir unterstützen unter dem Motto „Gesicht zeigen – den Nazis entgegentreten!“ die geplanten antifaschistischen Gegendemonstrationen und alle weiteren Protestformen des zivilen Ungehorsams gegen die Nazidemonstration. **Zur Vorbereitung der Protestaktionen finden ab 10.00 Uhr im Liebknecht-Haus (Braustraße 15) verschiedene Veranstaltungen statt.**

Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs“, Regionalgruppe Leipzig

laden zum Forum:

War die Niederlage des Sozialismus gesetzmäßig? Ursachen – Fragen – Konsequenzen

mit Prof. Dr. E. Lieberam, Prof. Dr. I. Wagner u. a.

Dienstag, 5. Oktober (Teil I) und Dienstag, 2. November (Teil 2), 18 Uhr im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15

Traditionen und aktuelle Erfordernisse des antifaschistischen Widerstandes

Zum Gespräch laden ein: Friedenszentrum Leipzig, Bund der Antifaschisten und Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dienstag, 5. Oktober, 19 Uhr, Harkortstr. 10

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 –
BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein feines Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Es könnte ja sein, dass einige Parteien in Brandenburg und Sachsen jetzt, nach der Wahl, ins Grübeln kommen. Selbstredend nicht darüber, was sie falsch gemacht haben. Aber doch darüber, warum sie ihre guten Inhalte nicht richtig rübergebracht haben.

Unser Autor **REINHARD LOCHNER** hat keine Mühen und keinen Archivstaub gescheut, um für sie ein Stück Papier auszugraben, das die Rettung bringen könnte, nämlich eine Mitteilung der Bundesanstalt für politische Meinungsbildung. Falls Sie diese Anstalt nicht kennen, wenn schon ...

Meinungsforscher weisen seit Jahren darauf hin, dass vielen Wählerinnen und Wählern eine sichere Orientierung unter den Parteien und ihren programmatischen Aussagen schwerfällt. Der Pluralismus als Wesensmerkmal unserer parlamentarischen Demokratie wird dadurch in seiner zukunfts-gestaltenden Wirksamkeit erheblich eingeschränkt, Politiker- und Parteienverdrossenheit sowie Wahlabstänze sind die beklagenswerten Folgen dieses Zustandes. In Wahrnehmung der unserer Anstalt auferlegten Aufgaben und Pflichten haben wir deshalb einen „Leitfaden für Wahlprogramme demokratischer Parteien“ erstellt, der allen Parteien zugeht, die sich an Wahlen zum Deutschen Bundestag und zu den Landtagen beteiligen. Der „Leitfaden“ ist als Rahmen für die eigenverantwortliche Ausarbeitung von Wahlprogrammen der Parteien anzusehen. Jeder Partei obliegt es, ihre unverwechselbaren Ziele, Losungen und Formulierungen in ihr Wahlprogramm einzubringen, jedoch steht es ihnen ebenso frei, vorliegenden „Leitfaden“ unverändert zu übernehmen.

Anlage: „Leitfaden für Wahlprogramme demokratischer Parteien“

Unsere Partei nimmt die Interessen der Männer, Frauen und Kinder in der Bundesrepublik Deutschland wahr. In den zurückliegenden Jahren konnten sich unserer Wählerinnen und Wähler, aber auch die Anhänger anderer Parteien, davon überzeugen, dass wir den richtigen Weg für unser Volk klar bestimmt haben. Unser Programm ist einfach und überzeugend: Wir stellen uns den Herausforderungen des 21. Jahr-

hunderts mit einem umfassenden Konzept zur Lösung der Aufgaben in Wirtschaft und Umweltschutz, Kultur und Bildung, Gesundheit und allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Wir stehen für Stabilität und Sicherheit. Wir sind der Vergangenheit verpflichtet, der Gegenwart zugewandt und offen für die Zukunft. Wir wollen ein blühendes Deutschland (ggf. Bundesland) inmitten eines zusammenwachsenden Europas und eingebettet in eine Welt. Wir streben nach Frieden auf der Grundlage einer starken Verteidigung und weiterer Abrüstung. Unsere Partei tritt für Wirtschaftswachstum und Umweltschutz, Leistungsstreben und Solidarität, Wohlstand und Selbstverwirklichung der Menschen ein. Als einzige Partei verfügen wir über konkrete Pläne zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Harmonisierung der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir sind die Partei, die der Jugend eine Perspektive bietet und den Älteren ihren wohlverdienten Ruhestand gewährleistet. Wir treten unbeirrbar für das Wohl aller Bürger ein und stellen uns der Aufga-

be, die Rahmenbedingungen für ein Leben in Sicherheit und Zufriedenheit zu gestalten. Beharrlich setzen wir den Weg fort, die Werte unserer Zivilisation zu bewahren und zu verteidigen. Wir betrachten all diese hohen Ziele als wechselseitig verbunden, einander bedingend und nur in ihrer Einheit zu realisieren. Unsere Partei ist die politische Kraft, die sich uneigennützig für die Menschen und für die uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer Grundrechte stark macht. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die wir den Wählern schulden, und zugleich gewiss, dass die mündigen Bürgerinnen und Bürger unseren Kampf für ihre Lebensinteressen zu würdigen wissen. Unser Weg ist richtig! Sozial. Gerecht. Solidarisch. Menschlich. Fortschrittlich. Zukunftsweisend. Wir können es schaffen! Gemeinsam sind wir stark! Jede Stimme für uns ist eine Stimme für – s. o. Wählt ...

Wir sind die Richtigen!



Wählt unsere Partei!

Wanderungen durch Neufünfland

Im Märkischen haben wir Zulauf erhalten. Eine ältere Frau gesellte sich zu uns, weil sie herausfinden wollte, ob sie es noch schafft, zu Fuß nach Gransee zu kommen. Nein, nicht eines blauen Bandes oder einer goldenen Medaille wegen, sondern weil die Sozialgeldempfänger im Kreis Oberhavel allesamt nach Gransee müssen. Dort hat man eine „Betreuungsstelle“ eingerichtet und jetzt können sich die Betroffenen den Kopf zerbrechen, wie sie dort hinkommen.

Aber es gibt natürlich auch noch ganz andere Probleme zu lösen. In Zehdenick zum Beispiel galt es, über den Typ der Lampen zu entscheiden, die künftig in den Dorfstraßen von Klein-Mutz für Licht sorgen sollen. Man entschied sich

Der Weg nach Gransee

für „Volkmar III“. Ein Stadtverordneter monierte, dass man doch auch „Erika“ hätte wählen können. Die kostet nämlich nur 401 Euro statt 550. Bei 70 Leuchten hätte man auf diese Weise 10430 Euro sparen können. Man beschied ihn: Warum denn? 75 Prozent bezahlt doch das Land! – Wird nicht jeden Tag hierzulande zum Sparen aufgerufen? Noch scheint das nicht so recht zu funktionieren und trifft nur solche wie die, die nach Gransee müssen.

Wir trampelten ins Thüringische und hörten, dass sie in Plaue den Kugelkopf des Kirchturms geöffnet hatten. Nein, nicht, weil sie dort einen Schatz vermuteten, der die Stadtkasse retten könnte, sondern weil das Dach saniert wird. Der Vize-

Bürgermeister höchstselbst vollzog den Akt, fand Rathaus-Bauzeichnungen von 1822 und eine Gerat-Zeitung von 1912. Damals mussten Brandschäden erhoben werden. Kosten: 122 Mark. Diesmal sind 43000 Euro zu begleichen.

Nicht weit entfernt, in Arnstadt, stritt man sich in den Ausschüssen des Stadtrats um die Aufsichtsräte. Es ging ziemlich turbulent zu, und ein Abgeordneter von der Fraktion Bürgerforum/FDP bekannte, in Rage geratend, dass er die PDS am liebsten überhaupt nicht in der Ratsversammlung haben würde – sie ist die stärkste Partei dort.

Im Eichsfeld müssen nicht nur die Sozialhilfegeldempfänger Fragebogen ausfüllen, sondern auch die Förster. Alle Forstmitarbeiter müssen sich ausnahmslos neu bewerben, denn die Zahl der Forstämter wird von 46 auf 28 reduziert.

• **KLAUS HUHN**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Fünf Jahre nach dem Regierungsumzug pendeln immer noch 5500 Beamte zwischen Westdeutschland, vor allem Bonn, und Berlin. Insgesamt befinden sich 11 760 Beamte in Bonn und 9000 in Berlin. DLF 4. 9.

Reporter: Nun haben Sie hier doch Wahlkampf gemacht, obwohl zu den Kundgebungen keine Politiker auftreten sollen. G. Gysi: Sie vergessen nur, dass hier in Sachsen-Anhalt gar keine Wahlen stattfinden.

Nach einer Anti-Hartz-Kundgebung in Hettstedt MDR 6. 9.

Nach dem zweiten Weltkrieg geriet Marienbad in Vergessenheit. Jetzt erlebt es wieder einen Aufschwung. Die berühmte Oblatenbäckerei, die die Kolonada-Oblaten produziert, gehört jetzt dem Nestle-Konzern. Bayerisches Fernsehen 7. 9.

Die Grünen sind zu einer liberalen Partei geworden. Die Korrektivfunktion ist der Partei abhanden gekommen. Sie sind eine treibende Kraft beim Sozialabbau. Man fragt sich, wozu man diese Partei überhaupt noch braucht.

Jetzt, wo wir mit Eiern beworfen werden, sind die (die Grünen) weg. Andrea Nahles, SPD

Ein Ei ist eine poetische Form, Nein zu sagen.

Alles ARD 9. 9.

Der Herzog ist damals extra ins Hotel Adlon in Berlin gefahren, um dem Volk zu erklären, dass ein Ruck durch Deutschland gehen muss. Einer der auserwählten Gäste aus dem Volk war Harald Juhnke.

Kabarett-Abend bei 3sat 11. 9.

• Gefunden von **MANFRED ERBE**

Es ist ein eminenter Vorzug der Demokratie, dass nicht nur eine Partei Recht haben darf, sondern alle.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:

BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.:

034205/18 010, Fax: 034205/18 062

E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

28. September

Die nächste Ausgabe erscheint am

15. Oktober

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40